

## **Wortprotokoll**

## Öffentliche Sitzung

### **Ausschuss für Arbeit und Soziales**

21. Sitzung  
22. Juni 2023

Beginn: 09.05 Uhr  
Schluss: 12.10 Uhr  
Vorsitz: Lars Düsterhöft (SPD)

#### Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

#### Punkt 1 der Tagesordnung

##### **Aktuelle Viertelstunde**

Siehe Inhaltsprotokoll.

#### Punkt 2 der Tagesordnung

##### **Bericht aus der Senatsverwaltung**

Siehe Inhaltsprotokoll.

**Vorsitzender Lars Düsterhöft:** Wir kommen schon zu

### Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs  
**Aktueller Stand der Arbeit der unabhängigen  
Sozialberatungen**  
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der  
SPD)

[0086](#)  
ArbSoz

#### Hierzu: Anhörung

Zu diesem Punkt steht uns aus der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung auch Herr Link für Fragen zur Verfügung. – Herzlich willkommen! Schön, dass Sie da sind! – Ich begrüße als Anzuhörende ganz herzlich Frau Logua von Clearing A.u.S. Mitte, Allgemeine unabhängige Sozialberatung, und, was mich ganz besonders freut, weil aus Treptow-Köpenick, Frau Stefanie Wind, Fachbereichsleitung Stiftungsprojekte der Stiftung Unionhilfswerk Berlin.

Sie sind darauf hingewiesen worden, dass diese Sitzung live auf der Webseite des Abgeordnetenhauses gestreamt wird und dass es später eine Aufzeichnung, ebenfalls auf der Webseite, geben wird. Darf ich hierzu feststellen, dass auch Sie mit dem Vorgehen, insbesondere mit der Liveübertragung und den Bild- und Tonaufnahmen, einverstanden sind? – Da wird genickt, das ist wunderbar. Dann gehe ich davon aus, dass die Anfertigung eines Wortprotokolls gewünscht wird. – Eine Person muss nicken. – Ja, gut! Das ist der Fall, dann machen wir das. Die Begründung des Besprechungspunktes übernimmt die SPD-Fraktion. – Ach, ich!

**Lars Düsterhöft (SPD):** Das Thema ist uns tatsächlich sehr wichtig. Es war auch in den letzten Jahren schon eine sehr wichtige Sache, die noch in der letzten Koalition auf den Weg gebracht bzw. etabliert werden konnte, sodass es in jedem Bezirk eine unabhängige Sozialberatung gibt. Jetzt ist es an der Zeit, mal nachzuschauen: Wie funktioniert das eigentlich? Wie sind die Sozialberatungen angelaufen, haben sie sich gut etabliert? Ist es sinnvoll, das weiter auszubauen? Müssen die unabhängigen Sozialberatungen gestärkt werden? – Der Koalitionsvertrag ist ja an dieser Stelle eindeutig und sagt: Wir wollen eine weitere Stärkung auch der unabhängigen Sozialberatungen sehen. –, deswegen ist es natürlich ganz besonders interessant, was Sie uns heute aus den jeweiligen Bezirken berichten können, und bestimmt können Sie auch einige Erfahrungen aus den anderen Bezirken mitbringen.

**Vorsitzender Lars Düsterhöft:** Dann komme ich schon zur einleitenden Stellungnahme des Senats. Oder will sich der Senat am Ende äußern?

**Staatssekretär Aziz Bozkurt (SenASGIVA):** Das war ja fast die Aufforderung, es am Ende zu machen. Ich würde es jetzt sehr kurz machen, um unsere Punkte gebracht zu haben, weil das tatsächlich eines der besonderen Projekte im Land ist. Es ist ein niedrigschwelliges Angebot, das wir an der Stelle haben, das sehr gut wirkt und wobei im Prinzip eine Erstberatung, die Abklärung weiterer Bedarfe und die Vermittlung stattfinden, was der Kern der Aufgaben ist.

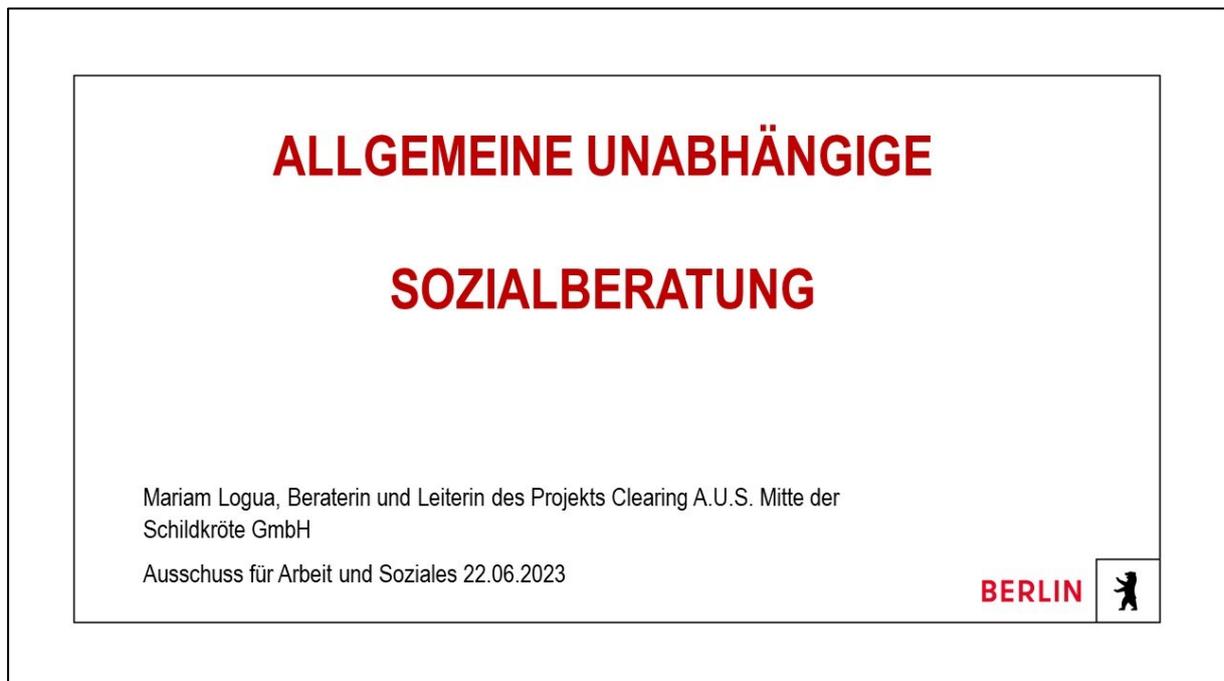
Wir haben 16 Projekte im Land, das heißt, mindestens eines pro Bezirk. Wir sehen, dass der Beratungsbedarf sehr gestiegen ist. Allein von 2021 auf 2022 gab es einen Anstieg um

15 Prozent, und die Anzahl der Problemlagen ist auch noch mal um 11 Prozent gestiegen. Das Spannende dabei ist, dass es circa drei persönliche Problemlagen gibt, was aufzeigt, in welchen polykrisenhaften Situationen wir aktuell sind, gerade mit den Krisen der letzten Jahre.

Wir, das Haus und unsere Vorgänger, haben versucht, mit temporären Mitteln aus dem „Netzwerk der Wärme“ das Beratungsangebot noch einmal zu stärken, was natürlich seine Herausforderungen hat, weil es temporäre Mittel sind. Dann stellt sich die Frage: Wie sieht das für die Mitarbeiter aus? Findet man Mitarbeiter, die dann nur für eine befristete Zeit eine Beschäftigung haben? – Im Doppelhaushalt sind tatsächlich die Mittel angemeldet, um das Angebot verstetigt zu bekommen. Das vielleicht als erstes Intro. – Ich bin sehr gespannt auf Ihre Ausführungen!

**Vorsitzender Lars Düsterhöft:** Das bin ich auch! – Wie immer der Hinweis: Ungefähr fünf Minuten sollten es sein. Wenn es deutlich darüber hinausgeht, gibt es böse Blicke meinerseits. Haben Sie sich abgesprochen, in welcher Reihenfolge? – Ich vermute, Frau Logua fängt an.

**Mariam Logua** (Clearing A.u.S. Mitte): Sehr geehrte Damen und Herren! Vielen Dank für die Einladung zu dieser Sitzung! Mein Name ist Mariam Logua. Ich bin Beraterin und Leiterin des Projekts Clearing A.u.S. Mitte. Ich werde heute ein bisschen über unsere Arbeit und das Projekt erzählen. Die Allgemeine Sozialberatung Clearing A.u.S. Mitte existiert seit dem Jahr 2018 und fungiert als erste Anlaufstelle, als Clearingstelle für Menschen, die Unterstützung bei der Bewältigung des Alltags und sozialen und persönlichen Problemen benötigen, die sie aus eigener Kraft, mit ihren Ressourcen nicht bewältigen können. Das Projekt ist im Netzwerk der bestehenden Einrichtungen und Dienste im Bezirk Mitte integriert. Es versteht sich also als Zusatzangebot, als Erweiterung der bestehenden Angebote und nicht als Ersatz.



Unser Ziel war und ist, ein niedrighschwelliges Angebot zu schaffen, das leicht zugänglich ist und möglichst barrierefrei. In den Erstberatungen geht es unter anderem auch darum, weitergehende Beratungsbedarfe zu klären. Gegebenenfalls werden die Ratsuchenden dann an zuständige Ämter und Behörden oder Fachberatungsstellen weitergeleitet. Diesen Schritt bereiten wir gemeinsam vor, das heißt, wir sichten Unterlagen, wir prüfen die Zumutbarkeit und organisieren dann eventuell eine Begleitung oder Sprachmittlung.

## Clearing AUS Mitte

- Ziel: Schaffung eines leicht zugängigen und barrierefreien Angebots zur Beratung, Begleitung und Unterstützung hilfeschender Menschen
- Erstberatung und Klärung von Unterstützungs- und Hilfebedarfen
- sachgerechte Vermittlung an Fachberatungsstellen
- Schwellenabbau durch Begleitung von Ratsuchenden und Sprachmittlung

Unsere Sprechstunden finden vor Ort in sechs Einrichtungen im Bezirk Mitte statt. Wir bieten auch andere Beratungsformen und Modalitäten wie zum Beispiel telefonische Beratung, aufsuchende Beratung, Beratung über E-Mail und Sprachmittlung und Begleitung an. Der Gesamtumfang der Beratung variiert zwischen 35 und 40 Stunden in der Woche. Clearingberatung richtet sich an alle Menschen, die Unterstützung brauchen; wir haben da also keine Kriterien hinsichtlich demografischer Aspekte oder auch keine thematische Einschränkung. Jeder, der Unterstützung braucht, kann zu uns kommen.

## Beratungsumfang und Modalitäten

- Regelmäßige Beratungen in sechs Einrichtungen des Bezirks Mitte
- Weitere Optionen: telefonische und aufsuchende Beratungen, Sprach- und Kulturmittlung, Begleitung
- Gesamtumfang 36-40 Stunden pro Woche

## Zielgruppe

Clearing AUS Mitte richtet sich an die Bewohner\*innen des Bezirkes Mitte unabhängig von Weltanschauung, Nationalität, sexueller Ausrichtung, Geschlecht und Alter

Seit Beginn des Projekts haben wir insgesamt circa 6 000 Beratungen und Infogespräche geführt. Unsere Ratsuchenden sind überwiegend weiblich und zwischen 25 und 60 Jahre alt. Ein Drittel davon hat die deutsche Staatsbürgerschaft.

## Inanspruchnahme des Angebotes

Stand: Projektlaufzeit bis einschließlich 05/2023

Informationsgespräche (<15min)	567
Beratungen (>15min)	5178
Vermittlungen an Fachberatungsstellen	5341

## STRUKTURDATEN DER ZIELGRUPPE

Stand: Projektlaufzeit bis einschließlich 05/2023

Alter		Staatsangehörigkeit		Muttersprache	
Erwachsene (25 bis unter 60 Jahre)	81,21%	Arabische Länder	16,84%	Arabisch:	17,75%
Junge Erwachsene (18 bis unter 25 Jahre)	3,29%	Deutschland	29,69%	Deutsch	29,05%
Kinder und Jugendliche (unter 18 Jahre)	0,07%	Europäische Union (ohne Polen)	3,31%	keine Angabe	8,92%
Seniorinnen und Senioren (60 Jahre und älter)	15,44%	keine Angabe	8,57%	Polnisch:	0,82%
		Polen	2,16%	Russisch:	1,59%
		Russische Föderation	1,22%	Sonstige:	25,17%
		Sonstige	22,75%	Türkisch	16,70%
		staatenlos	0,93%		
		Türkei	14,55%		

Hinsichtlich der thematischen Schwerpunkte haben wir tatsächlich seit Beginn des Projekts bis jetzt sehr wenig Veränderungen beobachten können. Fast die Hälfte der Menschen kommt zu Beratungen, weil sie finanzielle Probleme haben, weil sie entweder Schulden haben oder das Einkommen reicht nicht aus, oder sie haben Probleme mit Leistungsbehörden. Wir konnten beim Thema Migration und Aufenthaltsrecht Veränderungen beobachten: Zu uns kommen immer weniger Menschen, die aufenthaltsrechtliche Probleme haben.

## Problemlagen

Stand: Projektlaufzeit bis einschließlich 05/2023

Familiäre Konflikte	7,21%
Gesundheit, persönliche Einschränkungen, Behinderung	16,34%
Finanzen	40,75%
Arbeit/ Ausbildung	8,10%
Wohnen	10,12%
Probleme i.Z.m. Migration, Asyl-/ Aufenthaltsrecht	16,85%

Was fast explodiert ist, sind Probleme in Zusammenhang mit Wohnraum. Die Zahlen sind jetzt nicht repräsentativ, weil wir schon im Vorfeld die Ratsuchenden warnen, und auch die Multiplikatorinnen und Multiplikatoren weisen die potenziell Ratsuchenden darauf hin, dass wir bei der Wohnungssuche einfach nicht so viel machen können. Wir können zwar die Unterlagen zusammenstellen und sie aufklären und informieren, aber wir vermitteln keinen Wohnraum. Das führt natürlich zu großer Frustration und Enttäuschung.

## Finanzierung und Kosten

- Auftragsweise Bewirtschaftung durch SenIAS

- Finanzierungs-rahmen Berlin Mitte in 2023 ca. 125.000€

## KONTAKT

	Nora Bösche	Jeanne Grabner	Clearing A.u.S. Mitte
E-Mail	<a href="mailto:nora.boesche@ba-mitte.berlin.de">nora.boesche@ba-mitte.berlin.de</a>	<a href="mailto:grabner@schildkroete-berlin.de">grabner@schildkroete-berlin.de</a>	<a href="mailto:clearing-aus-mitte@schildkroete-berlin.de">clearing-aus-mitte@schildkroete-berlin.de</a>
Telefon	030 9018 42762	030 9395 6600	030 4677 6004
www	<a href="https://www.berlin.de/ba-mitte/">https://www.berlin.de/ba-mitte/</a>	<a href="http://www.schildkroete.org">www.schildkroete.org</a>	<a href="https://www.schildkroete-berlin.de/angebote/clearing-a-u-s--mitte/">https://www.schildkroete-berlin.de/angebote/clearing-a-u-s--mitte/</a>

Wir arbeiten mit unseren Kooperationseinrichtungen und Beratungsstellen und dem Bezirkssamt zusammen. Wir sind in ständigem Austausch und versuchen, bei Veränderungen zu reagieren und unsere Arbeit anzupassen. Wir stehen aber auch vor großen Herausforderungen, denn der Bedarf nach Beratung steigt sehr stark, und unsere Kapazitäten sind beschränkt. Außerdem haben wir manchmal das Gefühl, dass die Schwellen noch höher werden.

Das Projekt ist bis zum Ende des Jahres finanziert. Im laufenden Jahr war der Rahmen ungefähr 125 000 Euro. – Das war es von mir. Ich glaube, ich habe die Zeit nicht überschritten. – Vielen Dank!

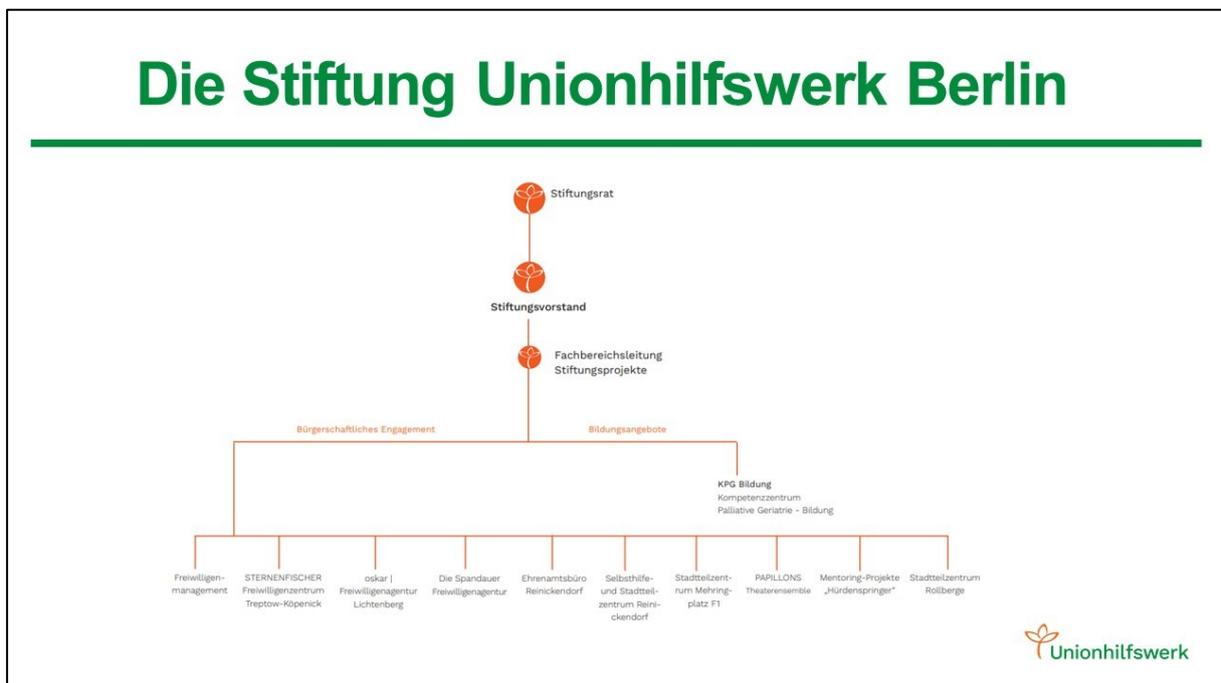
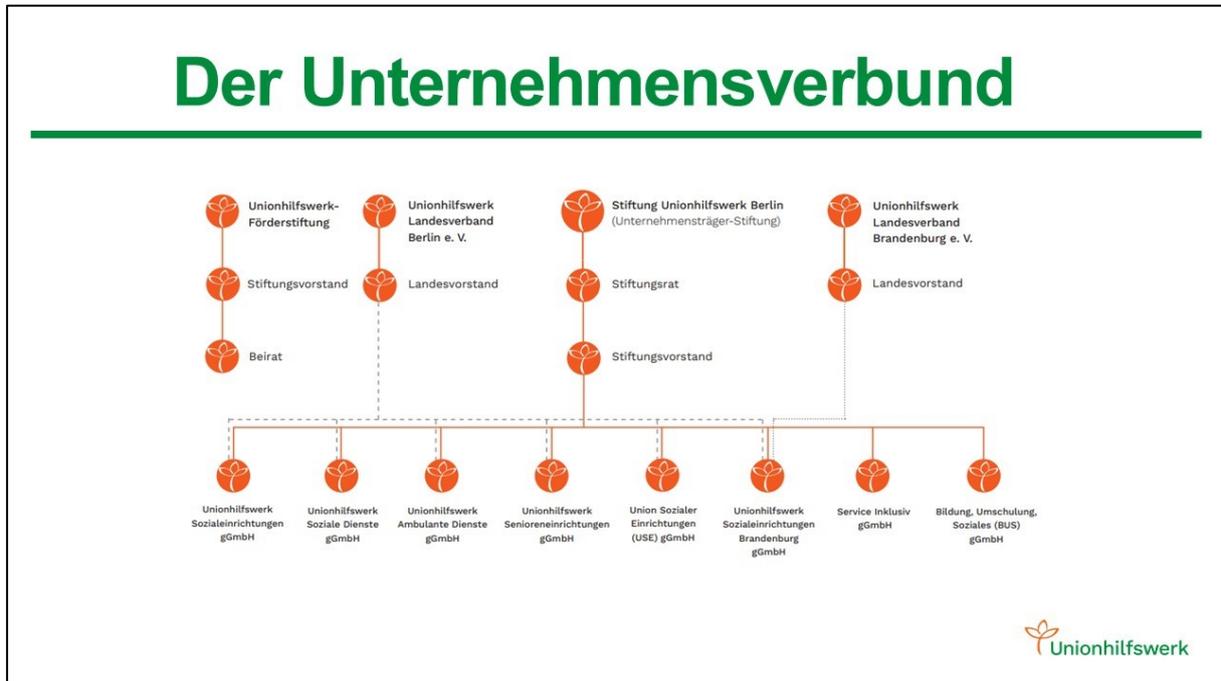
**Vorsitzender Lars Düsterhöft:** Vielen Dank an Sie, auch für die Präsentation! – Frau Wind, wollen Sie übernehmen?

**Stefanie Wind** (Stiftung Unionhilfswerk Berlin): Sehr gerne! – Sehr geehrte Damen und Herren! Ich schließe gleich an, und mein Ziel ist es auch, keine bösen Blicke zu ernten.

The slide features a green background with an orange abstract graphic on the left. The main title is 'Allgemeine, unabhängige Sozialberatung' in orange text on a white background. Below it, the location 'Rollberge-Siedlung & Reinickendorf-Ost' is written in white on a green bar. A smaller green bar contains the presenter's name and affiliation: 'Stefanie Wind | Fachbereichsleitung Stiftungsprojekte | Stiftung Unionhilfswerk Berlin'. The date and committee are listed at the bottom right: '22.06.2023 | Ausschuss Arbeit und Soziales'. The slogan 'Wir sind Wegbegleiter\*innen' is at the bottom left, and the 'Unionhilfswerk' logo is at the bottom right.

Erst mal vielen Dank für die Einladung und die Möglichkeit, unsere im Vergleich kleine Beratungsstelle der Allgemeinen unabhängigen Sozialberatung hier vorstellen zu dürfen! Als die Einladung kam, habe ich kurz gezögert und mich gefragt, ob wir die passende Besetzung für Sie sind, damit Sie tiefe Einblicke in diesen Bereich bekommen. In Ergänzung und in diesem Zusammenspiel freue ich mich, dass ich zu einem Ja in der Entscheidungsfindung gekommen bin. Was mich kurz hat zögern lassen, ist: Wir sind eine junge Einrichtung, gestartet in diesem Jahr im Außenbezirk, also außerhalb des S-Bahnringes. Natürlich gibt es Kolleginnen und Kollegen, die schon seit 2018 diese Art der Beratungsstelle betreiben. Ich habe die Einladung aber gern angenommen, weil ich jetzt schon sehe, dass sich unsere Erfahrungen sehr decken mit denen der Kolleginnen und Kollegen, mit denen wir in einem engen Austausch stehen und da sicherlich auch einiges übertragbar ist. Zum anderen ist auch, das wird Ihnen vorliegen, Anfang der Woche ein Positionspapier der LIGA erschienen, dem ich mich jetzt schon sehr

gern anschließen und da auch sagen kann: Ja, diese Erfahrung machen auch wir als eine der neuen Einrichtungen.



Damit ich keine bösen Blicke ernte, werde ich genau diesen Punkt überspringen und Ihnen nicht unfänglich das Unionhilfswerk, unseren Träger, vorstellen. Nur so viel: Wir sind eine Unternehmensträgerstiftung mit aktuell acht Tochterunternehmen, die die breite Palette der sozialen Arbeit abdecken von Kita über Flüchtlingshilfe bis hin zu Behindertenhilfe und Pflegebereich; ein komplexer Unternehmensverbund.

Als Stiftung haben wir natürlich auf der anderen Seite auch einen Stiftungszweck; der führt uns auch zu unserer AUSB. Wir haben den Stiftungszweck, Engagement und Selbsthilfe im Land Berlin zu fördern. Dazu betreiben wir verschiedene Einrichtungen. Das ist dann auch mein Fachbereich, den Sie hier sehen, unter anderem, und da springe ich jetzt direkt in die passende Region, die Stadtteilzentren. Wir sind jetzt im dritten Jahr, dass wir den Auftrag der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales umsetzen, in der Rollbergesiedlung in Waidmannslust ein Stadtteilzentrum zu betreiben.

Ich denke, Ihnen allen ist die Stadtteilarbeit sehr vertraut. Was passiert dort? – Man erreicht ganz niedrigschwellig die Menschen, die in diesem Kiez leben, und stößt natürlich auch auf die Themen und Probleme, die diese Menschen beschäftigen. So erging es auch uns, und gerade in dieser Rollbergesiedlung, die von der Einwohnerzahl her – da sind wir bei circa 6 000 – recht klein ist, und auf engstem Raum in den Hochgeschossern leben diese Menschen, ist es eine überschaubare Anzahl von Trägern. Was uns alle verbunden hat, war, dass wir nebenbei versucht haben, die sozialen Themen anzufassen und die Menschen, die kommen und sagen: Ich verstehe dieses Behördenschreiben nicht. Ich weiß nicht, was ich machen soll. Kann ich da noch kämpfen? Die haben das und das abgelehnt. Ich erreiche im Sozialamt niemanden und, und, und – nicht wegzuschicken, sondern zu sagen: Bleib hier. Wir schauen, was wir tun können –, was natürlich die Träger vor Ort vor besondere Herausforderungen stellt; auch uns.

## Allgemeine, unabhängige Sozialberatung



Deswegen war von Anbeginn an der Wunsch nach einer Anlaufstelle für Sozialberatung groß und das zentrale Thema in der Siedlung. Es gibt nebenan im Märkischen Viertel eine gesetzelte Allgemeine unabhängige Sozialberatung. Wenn Sie auf die Karte schauen, könnten Sie sagen: Na ja, sollen die Leute doch rüberfahren. – Es ist nicht weit von der Kilometerzahl her, aber in der Realität ist das nicht machbar. Es ist eine große Hürde für viele Menschen. Es lässt sich durchaus mit dem Thema Kitaplätze vergleichen: Gibt es in einer Siedlung, die so problembehaftet ist wie die Rollbergesiedlung, nicht ausreichend Kitaplätze, kommen die Kinder

nachweislich eben nicht in der Nachbarregion im Märkischen Viertel an, sondern starten schlecht vorbereitet in der Grundschule in ihrer Siedlung. So ist es auch mit solchen Beratungsstellen, die multiple Probleme versuchen aufzufangen. Das Durchreichen in Regionen funktioniert nicht.

## Allgemeine, unabhängige Sozialberatung (AUSB)

<b>Reinickendorf-Ost</b> Seniorenfreizeitstätte Am Schäfersee Stargardtstraße 3 13407 Berlin	<b>Rollberge-Siedlung</b> Stadtteilzentrum Rollberge Zabel-Krüger-Damm 52 13469 Berlin <a href="http://www.stadtteilzentrum-rollberge.de">www.stadtteilzentrum-rollberge.de</a>
----------------------------------------------------------------------------------------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

**Auftraggeber**  
Bezirksamt Reinickendorf

**Auftrag**  
AUSB Reinickendorf-Ost  
Rollberge-Siedlung

**Fördersumme (2023)**  
50.000 Euro für 1 Jahr

**Anbindung**  
Stadtteilzentrum Rollberge

 Unionhilfswerk

Deshalb habe ich mich im letzten Jahr sehr gefreut, als die Ausschreibung des Bezirks – in dem Fall; insofern sind wir ein schönes ergänzendes Beispiel – kam, der gesagt hat: Wir sehen das auch. Wir sehen die Problemlagen. Wir wollen, dass dort eine Allgemeine unabhängige Sozialberatung eingerichtet wird. – Das hat Freude ausgelöst, und natürlich haben wir uns auch beworben. Der Rahmen, Sie sehen ihn, ist 50 000 Euro für ein Jahr. Der Auftrag beinhaltet das Bedienen der Region Rollbergesiedlung – da sind wir mit dem Stadtteilzentrum verortet – und der Region Reinickendorf-Ost. Man muss nicht Betriebswirtin sein, um zu sehen, dass man mit 50 000 Euro vielleicht nicht unbedingt zwei Sozialarbeiterinnen bzw. Sozialarbeiter einstellen kann. Das wäre der Premiumwunsch gewesen. Diesen konnten wir nicht erfüllen, sondern wir sind von Anfang an mit einer realistischen Planung an den Start gegangen: eine Dreiviertelstelle, die entsprechend ihre zeitlichen Ressourcen so gut es geht aufteilt. Und so handhaben wir das heute: Hauptsitz Stadtteilzentrum in der Rollbergesiedlung mit zwölf Beratungsstunden und ergänzend bei einem Kooperationspartner in Reinickendorf-Ost in einer Seniorenfreizeitstätte feste Sprechzeiten.

## Spotlight Rollberge

	EW 2018	unter 18 Jahre	über 65 Jahre	Durchs. Alter	EW m. Migration	Arbeitslose	BedarfsG lebend unter 15 Jahre		Grundsicherung SBG XII ab 65 Jahren	
							Kinderarmut	BedarfsG lebend 0-65 Jahre	Altersarmut	
<b>Rollberge</b>	5.964	26%	18%	38,8 Jahre	<b>48%</b>	<b>11%</b>	<b>66%</b>	<b>45%</b>	<b>11%</b>	



Wir haben keine Zeit, die Zahlen auseinanderzunehmen; da sind Sie aber auch alle fit. Das Entscheidende, das ich herauspicken möchte, ist, dass Sie mit der Rollbergesiedlung – dazu gab es ja auch im RBB umfangliche Berichterstattung im letzten Jahr – eine Siedlung haben, die große soziale Probleme aufweist. Sie haben einen hohen Anteil an Menschen, an Einwohnenden, die Transferleistungen empfangen. Sie haben im berlinweiten Vergleich den höchsten Anteil an Kinderarmut. Sie haben einen hohen Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund.

## Spotlight Reinickendorf-Ost

Reinickendorf Ost	EW 2018	unter 18 Jahre	über 65 Jahre	Durchs. Alter	EW m. Migration	Arbeitslose	BedarfsG lebend unter 15 Jahre		Grundsicherung SBG XII ab 65 Jahren	
							Kinderarmut	BedarfsG lebend 0-65 Jahre	Altersarmut	
Letteplatz	10.930	18%	14%	39,4 Jahre	53%	<b>8%</b>	<b>50%</b>	29%	<b>9,50%</b>	
Hausotterplatz	9.871	18%	15%	39,8 Jahre	47%	7,80%	<b>49%</b>	29%	7,60%	
Breitkopfbecken	7.755	14%	19%	42,7 Jahre	42%	<b>8%</b>	<b>48%</b>	27%	<b>11%</b>	
<b>Schäfersee</b>	8.778	14%	22%	44 Jahre	44%	<b>8%</b>	<b>51%</b>	28%	5,40%	
Teichstr.	13.885	16%	19%	42,5 Jahre	43%	7,30%	<b>46%</b>	25%	<b>8,10%</b>	
Humboldtstr.	4.633	12%	24%	46,4 Jahre	29%	5,40%	31%	17%	4,50%	



Diese Zahlen finden Sie mit ähnlicher Trendsetzung auch in Reinickendorf-Ost wieder, wenn wir nur den Letteplatz, auch ein QM-Gebiet, oder den Schäfersee herausgreifen, mit dem Unterschied, dass die Region Reinickendorf-Ost natürlich noch um ein Vielfaches größer ist und weitaus mehr Einwohnende umfasst.

# AUSB Leistungsspektrum

**Angebote**  
Die Allgemeine Unabhängige Sozialberatung bietet ein vertrauliches Beratungsgespräch zu vielseitigen Themen des Alltags an.

- Erstberatung
- Weitervermittlung an spezialisierte Fachberatungsdienste

**Themen**  
Familie | Partnerschaft | Ausbildung/ Schule/ Kita | Arbeit |  
Wohnung/ Energiekosten | Bürgergeld | Grundsicherung im Alter |  
Hilfe zur Pflege | Umgang mit Krankheit und Behinderung | Finanzen |  
Gesundheit u.v.m.

## Sprechzeiten

**Standort Rollberge**

Montag	9 – 12 Uhr & 14 – 16 Uhr
Dienstag	9 – 12 Uhr
Donnerstag	14 – 18 Uhr

**Standort Reinickendorf-Ost**

Mittwoch	13.30 - 17.30 Uhr
----------	-------------------



 Unionhilfswerk

Was machen wir in der Allgemeinen unabhängigen Sozialberatung? – In Teilen haben Sie es gerade schon von der Kollegin gehört. Erst mal kann da jeder kommen, das ist das Besondere. Es gibt keine fachliche Spezialisierung, keine Zielgruppenspezialisierung wie beispielsweise Schuldnerberatung. Das heißt, alle Themen können vorkommen von familiären Problemen über Ämterfragen, Umgang mit Krankheit und Behinderung etc. Sie sehen die Auflistung.

Damit nicht der falsche Eindruck entsteht: Das sind keine Beratungen im Schnelldurchlauf, sondern wenn es gut läuft, stranden dort Menschen, die schon sehr lange ihre Probleme gesammelt und verschleppt haben. Ich gebe Ihnen ein Beispiel: In der letzten Woche hatten wir in der Beratung eine Frau, die kam mit ihrem Neugeborenen an der Brust und einer großen Edeka-Einkaufstasche – diese großen Dinger – voll mit Post und Behördenkram – Zitat: Alles ungeöffnet, alles unverarbeitet –, und sie war am Schwimmen und wusste nicht, wo sie anfangen soll. So etwas ist natürlich zeitintensiv. Wie gut, dass die Frau gekommen ist. Dafür sind solche Anlaufstellen da, um zu sagen: Hey, du bist nicht allein. Wir sortieren. Wir gucken, was wir in welcher Reihenfolge und Dringlichkeit machen können. Es gibt Hilfe, und du bist nicht allein. – Genau das ist Sinn und Zweck dieser Einrichtung, das heißt, wenn es möglich ist, vermitteln wir weiter. Gerade die Begleitung einer solchen Klientin läuft dann engmaschig und über einen längeren Zeitraum.

Seit März betreiben wir die operative Beratungsarbeit. Ich habe meine Kollegin gefragt, was ihr Eindruck ist. Ich zitiere sie jetzt einfach mal:

In meinem Beratungsalltag mache ich die Erfahrung, dass meine Klient:innen vor allem mit großer Dankbarkeit reagieren. Niedrigschwellig erreichen sie eine Fachkraft, welche ihnen ohne großen bürokratischen Aufwand bei der Lösung ihrer multiplen Problemlagen hilft und die einhergehende Überforderung lösen kann.

Das Ranking an Themen ist ähnlich wie das, was Sie gerade schon aus Mitte gehört haben: Es geht um Transferleistungen, es geht um Bürgergeld, Grundsicherung im Alter, Leistungen, Pflegeversicherungen, Widersprüche, Pflegekassen, Jobcenter, Beantragungen, Anerkennung Grad der Schwerbehinderung und auch Wohnraumfragen. – Auch das haben wir immer wieder, und auch wir müssen natürlich enttäuschen. Wir haben keinen Special-Draht zu den Wohnungsunternehmen, und wir können keinen Wohnraum vermitteln. – Aber auch Hilfe bei der Jobsuche kann ein Thema sein und familiäre Gewalt, familiäre Probleme, denn, ich hatte es gesagt: das Beispiel Rollberge mit dem höchsten Anteil an Kinderarmut. Wenn in dieser Siedlung elf Personen auf zwei Zimmern verteilt leben, können Sie sich vorstellen, dass multiple Probleme diesen Alltag auch begleiten.

Ein kurzer Blick auf die Zahlen, die natürlich kleiner sind als das, was Sie gerade aus Mitte erlebt haben, dennoch aber einen Trend zeigen. Wir sind im März ohne Werbung gestartet und hatten 21 Beratungen, 16 in der Rollbergesiedlung und fünf in Reinickendorf-Ost. Die Zahlen steigen kontinuierlich an. Jetzt im laufenden Monat sind wir bei 45 Beratungen, alle in der Rollbergesiedlung. Da kann man schöne kleine und feine Sachen reinlesen. Zum einen kann ich sagen: Unsere tolle Kollegin Frau Dierks, die heute nicht hier ist, weil sie Beratungen macht, ist ausgelastet. Die Wartezeiten werden jetzt länger. Zum anderen zeigt es natürlich deutlich, dass es für diese Art von: Wir öffnen die Türen, wir machen die Brücke in Richtung Leistungsgebenden, in Richtung Ämter, wir helfen euch, das zu sortieren, was euch belastet – eine enge Verzahnung im Sozialraum braucht. Die haben wir in der Rollbergesiedlung noch nicht. Da haben wir noch Gaststatus. In Reinickendorf-Ost und auch mit vier Stunden vor Ort werden wir niemals eine Verzahnung erreichen. Das, unter anderem, ist deutlich zu sehen.

Was sicher auch auf viele andere Bereiche in der Allgemeinen unabhängigen Sozialberatung übertragbar ist: Wir haben eine Ein-Frau-Beratung aufgebaut, sehenden Auges, dass das keine gute Idee ist, weder für die Frau, die das macht, noch für den Träger, noch für die Hilfesuchenden, denn zum einen habe ich ein großes Interesse daran, dass meine Kollegin an ihrem Job Spaß hat, ihn lange ausübt und dabei gesund bleibt. Sie muss mal Urlaub machen. Sie darf auch mal krank sein. Da kommen Fragen der Vertretung hoch. Wie kann es laufen? – Wir versuchen es trägerübergreifend, das ist aber nur eine Behelfsvariante. Natürlich soll niemand ausbrennen, sondern sie soll diesen Job, der tatsächlich nicht einfach ist und bei vielen Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern verständlicherweise nicht als Wunschjob ganz oben auf der Liste steht – das muss man mögen: Fließbandproblembewältigung – möglichst lange voll erfüllt durchführen.



Damit kommen wir zu unserem Unterstützungsbedarf. Ich bin jetzt von unserer Region ausgegangen. Da sind Sie gar nicht meine Hauptadressatin, aber über Eck dann schon. Natürlich braucht es, wenn wir ein solches Angebot anfangen – sehenden Auges war klar: Den Bedarf, der uns vor Ort erwartet, können wir so nicht decken, so sehr wir auch rödeln –, einen Ausbau. Ich sehe, dass wir definitiv für diese Region mit diesen multiplen Problemlagen, nur die beiden, Reinickendorf-Ost und Rollberge, jeweils eine feste Stelle, eine Person bräuchten, um das, was an Ansturm kommt – und der kommt ja erst noch, weil wir jetzt in der Breite werben – auffangen und bedienen und helfen zu können.

Wir können das aber auch auf die landesweite Ebene heben. Wenn Sie sagen – Herr Düsterhöft, ich glaube, Sie haben die Zahl 16 genannt –, 16 sind es aktuell im Land Berlin, dann muss man nicht lange rechnen, um zu sehen: Bei den stark ansteigenden Problemen in dieser Stadt und der drastisch zunehmenden Anzahl an Menschen, die ins Straucheln geraten, die von Armut bedroht sind oder betroffen, kann diese Zahl nicht ausreichen, um das aufzufangen. Für uns ist diese AUSB inzwischen ein total wichtiger Part im komplexen Berliner Hilfesystem. Deswegen bitte ich Sie, genau diesen Bereich deutlich auszubauen. – Ich kann nicht erkennen, Herr Düsterhöft, meine Brille ist nicht gut genug, ob Sie schon böse gucken. – [Vorsitzender Lars Düsterhöft: Ich habe gerade überlegt!] – Ich mache die Ausführungen noch ganz kurz zu Ende. Ich glaube, ich bin weit drüber. Es tut mir leid!

Ich nehme eine Zahl zum Vergleich. Sie haben es als Landespolitikerinnen und -politiker in den letzten Jahren geschafft, ein flächendeckendes Netz an Berliner Freiwilligenagenturen auszubauen. Das haben Sie gut gemacht, denn wir brauchen die Zivilgesellschaft, um diese Welle an Problemlagen aufzufangen. Das machen die Freiwilligenagenturen, und das machen sie gut. Davon haben wir jetzt zwölf, in jedem Bezirk eine. Das, was hier passiert, ist Hilfe in akuten Lebenslagen, in akuter Not. Natürlich kann nicht eine zentrale Stelle in einem Bezirk das leisten, was vor Ort nötig ist.

Dann: Auch aus unserer Perspektive brauchen wir auch eine Verstetigung. Im Moment, mit der Auftragslage, weiß ich: Wir machen das bis zum 31. Dezember 2023, bauen etwas auf und hoffen, dass es weitergeht. Das ist weder für das, was da aufgebaut wird, gut, noch für die Kolleginnen und Kollegen, die für diesen Hammerjob definitiv eine Perspektive brauchen. Das betrifft aber auch andere AUSBs, dass da immer diese Befristung „bis“ drin ist. Das ist meiner Meinung nach schwierig. Tatsächlich muss diese wichtige Anlaufstelle, die Hilfe gibt, idealerweise eine Regelleistung werden und muss so verstetigt werden, dass es im Hilfesystem einfach langfristig dazugehört.

Ich gehe davon aus, die Kolleginnen und Kollegen der LIGA haben nichts dagegen, dass ich das Positionspapier zitiere, das es noch mal gut zusammenfasst:

Wenn das Land Berlin sein Regierungsversprechen ernst nimmt, ein beispielloses Netz an sozialen Einrichtungen und Angeboten zu unterhalten und bedarfsgerecht weiterzuentwickeln, erfordert das aktuell vor allem: Mehr Beratungskapazitäten für die AUSB und Absicherung des bestehenden Angebots durch auskömmliche Refinanzierung.

Wir setzen auf Sie. – Danke!



**Vorsitzender Lars Düsterhöft:** Vielen Dank, Frau Wind! Hervorragend gemacht, genau fünf Minuten! – Wir kommen zur Aussprache. Jeder ist herzlich eingeladen, sich zu melden. – Herr Kurt!

**Taylan Kurt (GRÜNE):** Erst mal herzlichen Dank für Ihre Vorträge! – Ich denke, wir haben heute als Ausschussmitglieder noch mal die Wichtigkeit der unabhängigen Sozialberatung tagesaktuell auf dem Schirm. Wir hatten das Thema ja in der alten Koalition schon aufgerufen und uns ausführlich damit beschäftigt. Es gibt ja diese Finanzierung auch seit 2018. Ich glau-

be, dass wir die unabhängigen Sozialberatungen weiterhin brauchen werden. Es gibt so einen schönen Spruch: Sie sind die Hausarztpraxis im Sozialsystem.

Daran anknüpfend habe ich mir ein paar Fragen notiert. – Herr Vorsitzender! Frage ich jetzt nur die Anzuhörenden, oder frage ich auch gleich den Staatssekretär? – Okay, gut, dann mache ich einfach beides. – Mich würde interessieren, wie Sie die Veränderung der am häufigsten genannten Problemanliegen einschätzen. Ich habe damals dazu eine Schriftliche Anfrage gestellt, wo das Thema Schwierigkeiten mit Sozialleistungsbehörden deutlich wurde, dass Sie Ratsuchende dabei unterstützen, Anträge zu stellen. Das wird aber nicht wirklich erhoben bei den AUSB, wie viele Anträge dann gestellt werden. – Dann die Frage: Kein auskömmliches Einkommen, sonstige Schulden, psychische und psychiatrische Probleme – wie haben sich diese Probleme verändert, insbesondere auch im Hinblick auf die Nachwehen von Pandemie und Inflation? Mich würde interessieren: Sehen Sie Unterschiede? Wir haben jetzt zwei Einrichtungen aus der Innenstadt und aus den Außenbezirken. Gibt es da Unterschiede, oder gleicht sich das an, auch im Hinblick auf die Problemlagen der Ratsuchenden?

Stichwort Personal: Gibt es offene Stellen? Mich würde in Bezug auf Mitte noch mal interessieren: Damals hatten wir einen Einbruch der Beratungszahlen in Mitte, was auf geschlossene Beratungsstellen und Stadtteilzentren zurückzuführen war. So war die Antwort des Senats. Wie hat sich das entwickelt? Die haben ja jetzt wieder offen. Sehen Sie da eine Zunahme des Anfragevolumens? Welchen weiter gehenden Unterstützungsbedarf würden Sie sich auch vom Land Berlin wünschen im Hinblick auf die von den Ratsuchenden benannten Probleme?

An den Senat: Herr Staatssekretär! Sie haben 15 bzw. 18 Prozent genannt. Können Sie da noch mal die absoluten Zahlen von 2021 bis zum letzten Stichtag 2023 benennen? Wir hatten ja 2020 knapp 18 700. Außerdem würde mich im Hinblick auf den Senat interessieren, wie Sie zu der Forderung der LIGA stehen, für die AUSB pro Bezirk plus zwei Vollzeitstellen zu schaffen, inklusive Berücksichtigung steigender Tarifkosten. – Und falls Sie jetzt sagen sollten: Das entscheidet das Parlament –, frage ich dann eher andersherum: Werden Sie das in Ihrem Haushaltsentwurf berücksichtigen, der dem Parlament zugehen wird? – Danke!

**Vorsitzender Lars Düsterhöft:** Vielen Dank, Herr Kurt! – Frau Atli, Sie haben das Wort!

**Sebahat Atli (SPD):** Herzlichen Dank, lieber Herr Vorsitzender! – Frau Wind! Frau Logua! Ganz herzlichen Dank, dass Sie heute hier sind und so viel Lebhaftes aus der Praxis berichtet haben, das Sie tagtäglich erleben. Man hat gar nicht herausgehört, dass Sie vor Kurzem an den Start gegangen sind. Sie haben so viel zu berichten. Das klingt so, als würden Sie das schon jahrzehntelang machen. – Vielen Dank für Ihre Arbeit und auch den Bericht heute!

Ich habe drei Fragen, und zwar einmal an Frau Logua: Sie hatten erzählt, dass Sie sowohl aufsuchend als auch Angebote in Ihrer Einrichtung haben. Wie sind Ihre Erfahrungswerte? Kommen die Menschen mehr zu Ihnen, was ich annehme, aber es kann auch sein, dass die Zahlen oder der Bedarf, aufsuchend unterwegs zu sein, höher sein könnte, weil es verdeckt ist? Wie sind da Ihre Erfahrungswerte, wenn Sie aufsuchend unterwegs sind, und auf welche Weise machen Sie das bei so wenig Personal? Es würde mich mal interessieren, ob Sie da vielleicht nähere Informationen haben.

Die zweite Frage wäre: Der Bedarf ist sehr hoch. Viele Menschen nehmen Betreuungs- und Unterstützungsangebote wahr. Wie lange betreuen Sie die Menschen? Manche Themen sind einfacher zu lösen; wenn es nur um eine Angelegenheit mit der Pflegekasse geht, könnte das vielleicht mit einmal die Akte anfassen erledigt sein, aber manche anderen Dinge, die multipel sind, auf verschiedenen Ebenen, dauern ja doch etwas länger. Haben Sie da einen längeren Betreuungszeitrahmen, den Sie sich setzen, oder gibt es da einen Zeitpunkt, zu dem Sie sagen: Für jeden so viele Stunden, so viel Zeit, und mehr ist einfach nicht drin, weil die Kapazitäten nicht da sind?

Als Letztes würde mich interessieren, wie oft pro Tag oder pro Woche Ihr Angebot den Menschen zur Verfügung steht. Ich nehme an, die kommen alle fußläufig aus der Umgebung. Keiner wird über Bezirke hinweg in andere Bezirke gehen, um so viel enge Unterstützung in Anspruch zu nehmen, oder liege ich da falsch?

**Vorsitzender Lars Düsterhöft:** Vielen Dank, Frau Atli! – Herr Wohler!

**Björn Wohler** (CDU): Auch vonseiten der CDU-Fraktion noch mal einen herzlichen Dank für die Einblicke in Ihre Arbeit, die uns bei dem Ziel, das alle Fraktionen eint, der Stärkung der unabhängigen Sozialberatung, noch mal eine Menge Information gegeben haben! – Ich hätte eine Frage zu dem ganzen Thema gestiegene Lebenshaltungs- und Energiekosten. Das Thema ist ja nicht vom Tisch, aber in der Öffentlichkeit zumindest etwas in den Hintergrund der Debatte gerückt. Kann man auch dahingehend absehen, dass sich die Zahl und vielleicht auch die Intensität, also auch was das zeitliche Aufkommen betrifft, in der ersten Jahreshälfte etwas verändert hat im Vergleich zu 2022, oder ist gerade das Thema immer noch ein sehr großer Gegenstand der Beratung? Gibt es da irgendwelche Trendverschiebungen, weil Frau Logua bei den Problemlagen auch angesprochen hatte, 40 Prozent Finanzen, also was die persönliche finanzielle Situation betrifft? Gibt es auch da Trends der Verschiebung? Kann man in diesem Jahr absehen, dass der prozentuale Anteil eher sinken wird, bleibt er gleich oder könnte er möglicherweise steigen? Das eine ist wirklich das, was in der Öffentlichkeit diskutiert wird; das deckt sich ja nicht immer automatisch mit dem, was dann auch wirklich als Problemlage da ist.

Dahingehend wollte ich fragen, wie die Vernetzung mit den Schuldner- und Insolvenzberatungen läuft, auch entsprechend die Verweisberatung; wie da die Zusammenarbeit ist oder was sich gegebenenfalls auch noch verbessern müsste; was wir dazu beitragen können.

Dann hatten Sie, Frau Logua, gesagt, dass immer weniger Menschen kommen, die aufenthaltsrechtliche Probleme haben. Gibt es dafür aus Ihrer Sicht einen Grund, warum das so ist, oder ist das jetzt einfach nur eine Beobachtung, die Sie erst mal ganz wertfrei machen?

Dann noch an Frau Wind gerichtet am Beispiel Rollbergesiedlung: Sie hatten zu Recht angesprochen, dass mit dem, was jetzt an Stellen zur Verfügung steht, man bei Weitem noch nicht alles abdecken können wird, was an Bedarf an Sozialberatung da ist. Was wäre aus Ihrer Sicht ein idealer Personalbedarf, wenn man das so absehen kann?

Dahingehend auch die Frage, weil Sie das Thema Wartezeiten angesprochen haben, die sich durch eine sehr dünne Personaldecke ergeben: Kann man da sehen, dass es Menschen gibt, die möglicherweise auch aufgrund dieser Wartezeiten abspringen bzw. nicht mehr zu einem Beratungstermin kommen? Wie kann man das gegebenenfalls auffangen?

Dann hatten Sie noch das Stichwort trägerübergreifende Lösungen. Da würde mich ein Beispiel interessieren, wie das in der Praxis sein kann, und gegebenenfalls auch an uns gerichtet: Was könnten wir noch tun, um möglicherweise solche trägerübergreifenden Lösungen auch zu flexibilisieren?

Natürlich werden alle Sozialberatungen sehr stark ausgelastet sein, aber es kann ja immer auch mal sein, dass in einer Beratung vielleicht auch aufgrund eines bezirksspezifischen Themas ein gesteigener Bedarf ist, während woanders vielleicht gerade Kapazitäten frei sind. Das gleiche Thema wäre auch bei Stellen, die entsprechend zugewiesen sind. Was wäre da an Flexibilisierung gewünscht und vielleicht auch realistisch?

Ansonsten volle Zustimmung dazu, dass es natürlich der Idealweg wäre, wenn wir es irgendwann schaffen, dass wir die Sozialberatungen stärker ins Hilfesystem integrieren. – Insofern noch mal vielen Dank für die Ausführungen!

**Vorsitzender Lars Düsterhöft:** Vielen Dank, Herr Wohler! – Frau Schubert!

**Katina Schubert (LINKE):** Vielen Dank! – Auch von meiner Fraktion herzlichen Dank an die Anzuhörenden! – Ich hätte eine Bitte in Richtung Ausschusssekretariat: Können wir die Präsentationen bekommen? So schnell konnte ich gar nicht aufschreiben, was da alles Schlaues drinstand. – Der Vorsitzende schüttelt mit dem Kopf.

**Vorsitzender Lars Düsterhöft:** Das ist ohnehin Teil des Wortprotokolls.

**Katina Schubert (LINKE):** Gut, dann bin ich zufrieden! – Ich hätte auch noch ein paar Fragen. Ein paar Sachen sind auch schon angesprochen worden, aber ich wüsste gerne, wie sich die Anfragen verändert haben. Sie haben gesagt, es ging verstärkt um Finanzierungsfragen oder nicht mehr auskömmliche Einkommen. Das hängt möglicherweise auch mit der Inflation zusammen, die ja Menschen mit geringen Einkommen ganz anders trifft als Menschen mit hohem Einkommen, weil es gerade die Energie- und Nahrungsmittelpreise sind, die hoch sind. Wenn man sich einen neuen Diamantring kaufen will, dann ist das meistens nicht das Problem von Leuten, die zu Ihnen kommen. Deswegen wäre es noch mal wichtig, ein Gefühl dafür zu bekommen, wie sich da die Anfragen verändert haben und ob es auch eine Strukturveränderung bei den Anfragenden gibt; also ob jetzt auch vermehrt Menschen kommen, die eigentlich auch schon in den Bereich der mittleren Einkommen gehören, die Kinder haben; Familien, die das aufgrund der gestiegenen Preise nicht mehr schaffen.

Meine zweite Frage geht in die Richtung, welche Verweisberatungen Sie vornehmen. Wie sind Sie vernetzt mit den Schuldner- und Insolvenzberatungen – das hatte Herr Wohler schon gefragt –, mit den psychosozialen Beratungsangeboten, aber auch mit den sozialen Wohnhilfen? Wenn Sie sagen, die Anfragen wegen Wohnungsproblemen explodieren – da gibt es ja Hilfesysteme. Was können Sie da tun, und was sehen Sie vor allen Dingen als erforderlich an, auch vonseiten der Landespolitik, um zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit Sie sozusagen

als Frühwarnsystem bis hin zu den Hilfesystemen zu unterstützen? Das wäre mir noch mal wichtig.

Dann: Sie haben über die Arbeitssituation der Beraterinnen und Berater gesprochen, was ich richtig finde. Wir wissen alle, dass Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter im Moment gesucht werden wie Goldstaub. Die Arbeitsbedingungen in den Beratungsstellen sind nicht so, wie wir uns das alle vorstellen sollten. Was sehen Sie als erforderlich an, damit Menschen da auch bleiben? Sie haben schon gesagt: Die Entfristung muss her. Es muss irgendwie eine Verlässlichkeit her. Es muss eine Planungssicherheit her. – Wenn man aber mit einer Dreiviertelstelle zwei Beratungsstellen betreibt wie hier in der Rollbergesiedlung und in Reinickendorf-Ost, ist das natürlich eine sehr belastende Arbeitssituation, denn man hat ja mit diesen ganzen Problemen zu tun. Gibt es für Sie die Chance, über Supervision die Kolleginnen und Kollegen zu unterstützen, und was erwarten Sie dann vonseiten der Finanzträger, sprich: den Bezirken und dem Land? Das wäre für mich noch mal wichtig.

Dann die Frage in Richtung Senat, was denn nun eigentlich für den Haushalt angemeldet ist, denn nach allem, was wir jetzt gehört haben, wird eine Verstetigung nicht ausreichen, sondern da wird es darum gehen – die Position der LIGA war da auch eindeutig, und das, was wir heute gehört haben, war auch eindeutig –, dass wir dafür tatsächlich mehr Mittel brauchen. Deswegen interessiert mich natürlich: Was ist a) angemeldet worden, und was ist b) bei den Chefgesprächen herausgekommen, und was ist c) der Plan der Koalition damit? Eines ist auch klar: Wenn wir bis Ende Dezember warten, bis wir den Haushalt im Parlament verabschiedet haben, ist eine Reihe der Leute, die jetzt befristet arbeiten und nicht genau wissen, ob es im nächsten Jahr weitergeht, weg, und dann dürfen die Projekte im besten Falle wieder von vorne anfangen. Möglicherweise sagen dann aber auch die Träger: Wisst ihr, wir haben auch anderes zu tun. – Wir könnten da möglicherweise in eine Lücke geraten, die dem Erhalt und dem Ausbau der sozialen Infrastruktur, gemessen an dem, was wir gerade für multiple Problemlagen haben, nicht angemessen wäre. Deswegen interessiert es mich wirklich sehr, wie da gerade der Stand ist. Man hört so einiges, und einige Träger wenden sich an uns und schreien laut Hilfe.

**Vorsitzender Lars Düsterhöft:** Vielen Dank, Frau Schubert! – Dann bin ich an der Reihe.

**Lars Düsterhöft (SPD):** Erst einmal herzlichen Dank für die Vorträge! – Ich glaube, es ist sehr deutlich geworden, dass Sie und auch ihre Kolleginnen und Kollegen dort eine sehr wichtige Arbeit leisten und dass sich diese Stellen mehr als bewährt haben, denn ansonsten hätten Sie uns ja berichten müssen, dass Sie kaum Leute erreichen bzw. ganz schnell eine wunderbare Beweisberatung machen und gut ist, aber das Gegenteil scheint der Fall zu sein. Es ist schön, dass Sie so ausgelastet sind, weil es uns zeigt, dass die unabhängigen Sozialberatungen auf jeden Fall das richtige Instrument sind, das wir jetzt natürlich verstetigen bzw. ausbauen wollen.

Ich hätte drei Fragen. Einmal: Inwiefern machen Sie überhaupt Werbung? – Ich vermute mal, Sie machen nach Möglichkeit wenig Werbung, weil Sie einfach schon so überlaufen sind. Zugleich würde ich mir natürlich wünschen, dass dieses sehr gute Instrument, dieses sehr gute Angebot möglichst bekannt gemacht werden würde. Das würde mich interessieren, wie da die Situation ist.

Ebenso könnte auch eine Argumentation gegen die unabhängige persönliche Sozialberatung sein, dass man das mit einem guten Onlineangebot auch irgendwie stemmen könnte. Mich würde auch noch mal interessieren: Was sind das für Menschen, die zu Ihnen kommen? Sind das Menschen, die schon gut recherchiert haben und jetzt eigentlich nur noch mal einen kurzen Hinweis brauchen oder eine Bestätigung, oder ist der persönliche Kontakt, das persönliche Gespräch nicht das elementar Wichtige, um überhaupt den Weg zur richtigen Beratung, zur richtigen Hilfe zu finden?

Dann ist natürlich auch ganz wichtig, dass die Menschen an der richtigen Stelle ankommen. Wenn über Finanzen gesprochen wird – Sie sagten, ungefähr 40 Prozent der Menschen, die zu Ihnen kommen, haben dort die Probleme –, dann ist es natürlich wichtig, dass sie schnell zur Schuldnerberatung kommen. Mich würde interessieren, ob durch die unabhängige Sozialberatung die Menschen jetzt schneller bei der Schuldnerberatung landen, weil sie sich vielleicht eher trauen, vor Ort in den Kiez um die Ecke zu gehen und ein Problem bei Ihnen anzudeuten und dann gut beraten weitergeleitet zu werden, oder ob die Menschen tatsächlich noch immer genauso spät, dann eben aber bei der unabhängigen Sozialberatung aufschlagen, wenn das Kind in der Regel schon in den Brunnen gefallen und die Finanzlage erdrückend ist. Das würde mich interessieren: ob wir die Menschen früher abholen mit ihren Problemen als früher, was sehr wünschenswert wäre.

Dann noch eine kurze Anmerkung bezüglich der Haushaltsproblematik: Dieses Problem hatten wir immer. Dieses Problem werden wir immer haben, und es betrifft selbstverständlich alle Bereiche. Bisher haben wir noch keinen Weg gefunden, den Haushalt früher zu beschließen, und solange nicht das Abgeordnetenhaus beschlossen hat, kann in dem Entwurf tatsächlich drinstehen was will, aber wirklich zuverlässig, sodass Träger dann Arbeitsverträge verlängern, geht das natürlich erst, wenn das Abgeordnetenhaus entschieden hat, und diese Problematik werden wir auch nicht auflösen können. Jedenfalls habe ich keine Idee, wie wir das machen sollen. Dass dann Träger und Arbeitnehmer arge Probleme bekommen, wissen wir alle, und das Problem haben wir, seitdem wir Haushalt machen. – [Katina Schubert (LINKE): Es ist aber ein Unterschied, was angemeldet wird und was nicht!] – Natürlich ist das ein Unterschied, und es ist auf jeden Fall noch mal ein Unterschied, was dann auch durch uns Abgeordnete noch geändert wird. Ich will aber nur darauf hinweisen: Dieses Problem haben wir in allen Bereichen, und natürlich ist es hier ganz besonders arg. Das sehe ich auch. – So weit von mir.

**Vorsitzender Lars Düsterhöft:** Herr Meyer, bitte!

**Sven Meyer (SPD):** Auch von mir herzlichen Dank! – Ich versuche, die Fragen zu stellen, die jetzt noch nicht gekommen sind. – Auch einen herzlichen Dank an Frau Wind! Ich habe ja Ihre Einrichtung in der Rollbergesiedlung kennenlernen dürfen. Das war wirklich ein großartiges Erlebnis, was Sie dort machen. Ich war wirklich beeindruckt. – Ich habe zwei Fragen, die so ein bisschen miteinander kooperieren, gar nicht als Kritik, sondern wirklich aus Neugierde, und zwar wurde einmal gesagt, die unabhängige Sozialberatung ist so ein bisschen wie ein Allgemeinmediziner. Andererseits habe ich auch gehört, eher wie ein Lotse. Man muss ja sagen: Der Allgemeinmediziner zu Hause, der Hausarzt, macht am Ende auch die Behandlung. Da wäre die Frage: Passiert das tatsächlich? –, also wirklich als Information, weil natürlich auch das eine Rolle spielt. Wie muss das ausfinanziert werden? Ist denn auch die unabhängige Sozialberatung die Person, die behandelt, oder die Person, die sagt: Gehen Sie dort

zur Beratung, denn dort bekommen Sie dann die inhaltliche Beratung –, also eher eine Lotsenfunktion?

Für mich wäre dann aber auch interessant: Was ist mit Menschen mit komplexen Problemen, die man nicht einfach zu anderen Beratungsstellen hinschieben kann, sage ich mal, sondern wo man im Grunde vielleicht wirklich als Allgemeinmediziner dasteht und versucht, die einzelnen Probleme, die sie haben, wieder zusammenzufügen? Das wäre tatsächlich die Frage in dem Kontext, denn das bedeutet dann eben auch: Sind das eher Anfragen, wo man die Leute dann eine Sitzung lang hat und sie dann zu den entsprechenden Einrichtungen oder Beratungen lotst, oder kommen sie immer wieder? Hat man da Mehrfachtermine? Ist es eine längerfristige Beziehung, die man dort aufbaut mit einer entsprechenden Ausfinanzierung?

Als zweite Frage: Frau Wind! Sie hatten gesagt, und das kann ich auch völlig nachvollziehen, das glaube ich sofort, dass es schwierig ist für Menschen, gerade die, die komplexe Probleme haben, von der Rollbergesiedlung ins Märkische Viertel zu gehen. Da liegen, muss man auch sagen, wirklich Welten dazwischen. Aber trotzdem die Frage an Sie beide: Was ist das Einzugsgebiet? Woher kommen die Leute tatsächlich? Von wie weit entfernt kommen sie? Man muss sagen, die Rollbergesiedlung ist noch mal etwas Besonderes, weil sie zwar nicht groß, aber ziemlich abgeschottet ist. Etwas anderes ist es aber beispielweise in Reinickendorf-Ost. Aus welchem Umkreis kommen die Leute zu den Beratungen? –, denn das bedeutet natürlich wiederum für uns: In welchem Netz muss man denken, wenn man das betrachtet? Dass sie sich über Bezirksgrenzen hinweg Beratung suchen, glaube ich tatsächlich auch nicht. Deswegen die Frage: In welchem Rahmen braucht man denn ein solches Netz?

Als letzte und dritte Frage: Wie eng muss eine Kooperation sein? Muss man Kooperationen vielleicht auch von Landes- oder Bezirksebene noch stärker forcieren? Läuft alles so weit gut? Das bezieht sich im Grunde auf die erste Frage zur Lotsenfunktion bzw. Hausarztfunktion. Ist es vielleicht sogar sinnvoll, eher in Kooperationen zu denken, oder sollte es völlig unabhängig sein, und sollte man dann lockere Kooperationen machen? Was ist da Ihre Erfahrung? – Vielen Dank!

**Vorsitzender Lars Düsterhöft:** Vielen Dank, Herr Meyer! – Als Nächstes ist Herr Mirzaie dran. – Bitte schön!

**Ario Ebrahimpour Mirzaie (GRÜNE):** Vielen Dank! – Ich hoffe, unsere Gäste können noch ein paar Frage aufnehmen. Ich weiß, es ist ein große Herausforderung, hier mehr als ein Dutzend Fragen aufzuschreiben und darauf zu antworten. Also vielen Dank auch schon mal dafür! Wenn es irgendwann zu viel ist, einfach Stopp sagen; dann kann man vielleicht schon mal eine Antwortrunde machen. – Einleitend wollte ich noch mal unterstreichen, wie wichtig die Arbeit ist, möchte aber auch noch mal darauf hinweisen, dass es in dem ganzen Puzzle von Beratungsangeboten in den Kiezen, vor allem auch in den benachteiligten Kiezen, durchaus auch allerlei ergänzende Angebote gibt. Ich will jetzt hier keine Kausalitäten herstellen, warum es en détail immer diese ergänzenden Angebote gibt, aber zum Beispiel möchte ich im Wedding einen ganz tollen Verein nennen, Kulturen im Kiez, der zwar nicht das Label „unabhängige Sozialberatung“ trägt, aber im Grunde ähnliche Arbeit leistet für Menschen aus Südosteuropa. Das wollte ich nur mal zur Komplettierung des Bildes sagen, dass es in dieser Landschaft durchaus auch ergänzende Angebote gibt.

Unsere Herausforderung als Politik ist, glaube ich, zu erkennen: Warum gibt es diese ergänzenden Angebote? Warum finden sich diese Menschen nicht in diesen Regelstrukturen der unabhängigen Sozialberatung wieder? Da kommen wir nämlich auch zu dem Punkt Einzugsgebiet. Ein kleines Einzugsgebiet zu haben, ist, glaube ich, eine Form von Privileg, auch in unserer Stadt. Es gibt Menschen wie zum Beispiel Romnja, die von Diskriminierung betroffen sind, wo es aufgrund von mannigfaltigen Diskriminierungserfahrungen eine viel höhere Schwelle gibt, Vertrauen aufzubauen. Insofern erlebe ich dort, gerade in den spezialisierten Beratungsangeboten, ein Einzugsgebiet, das durchaus weiter sein kann als der Bezirk, wenn sich eine Akteurin wie zum Beispiel Kulturen im Kiez als vertrauenswürdige Beratungsstelle im Speziellen auch für Menschen aus Südosteuropa etabliert hat. Meine Frage wäre in dem Zusammenhang – ähnliche Fragen wurden schon gestellt –: Werden die Beratungssuchenden systematisch erfasst, und wenn ja, nach welchen Kriterien, zum Beispiel Alter, Bildungsabschluss, die von mir genannten Diskriminierungserfahrungen, und wenn nein, plant der Senat, das zu machen?

Dann würde ich gerne wissen: Welchen Anteil haben bei Ihnen in der unabhängigen Sozialberatung Fälle mit Bezügen zu behördlicher Diskriminierung? Wie viele Menschen wurden aus der unabhängigen Sozialberatung zum Beispiel auch an die LADG-Ombudsstelle verwiesen? Gibt es dazu Zahlen? Wie viele Beratungen konnten aufgrund einer Sprachbarriere nicht oder nur unzureichend durchgeführt werden? Welche Bemühungen unternimmt der Senat, um Mehrsprachigkeit in der unabhängigen Sozialberatung zu stärken? – Danke schön!

**Vorsitzender Lars Düsterhöft:** Vielen Dank! – Frau Auricht, bitte!

**Jeannette Auricht (AfD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank auch noch mal an Frau Logua und Frau Wind! – Viele Fragen sind nicht mehr übrig, trotzdem zwei, drei Sachen. – Frau Logua! Sie haben gesagt, seit 2018 hatten Sie 6 000 Beratungen. Wie gestaltet sich das momentan? Wie viele Beratungen haben Sie jetzt pro Woche? Bei Frau Wind ist es ja noch eine recht junge Einrichtung, da geht der Run erst los, aber spüren Sie auch eine Tendenz, dass es bei Ihnen jetzt noch mehr Druck gibt? Wie groß wäre der Bedarf bei Ihnen, um Ihre Einrichtung für die kommenden Herausforderungen aufrechtzuerhalten?

Wir haben schon festgestellt, Sie sind doch mehr oder weniger ein Wegweiser in die Fachberatungen. Meine Frage ist: Haben Sie Zahlen, wie viele Sie direkt vor Ort beraten konnten, die dann nicht mehr wiederkommen mussten, oder wie groß ist der Anteil an Menschen, die Sie in die Fachberatungen weiterleiten mussten? Sie haben auch gesagt, dass ein Großteil finanzielle Probleme ist. Nun hat das ja nicht immer etwas mit Schulden zu tun, sondern dass man sich vielleicht Rechnungen nicht mehr leisten kann, gerade noch so über die Runden kommt. Man muss ja nicht unbedingt einen großen Schuldenberg aufgehäuft haben; die würde man sowieso an die Schuldnerberatung schicken. Wie können Sie da weiterhelfen?

Beim Wohnungsproblem, das haben Sie auch schon gesagt, können Sie gar nicht helfen. Was machen Sie dann mit den Leuten? Sagen Sie dann: Es tut uns leid, gehen Sie woanders hin? – Mich würde interessieren, wie das dann konkret abläuft, wenn Sie jetzt wirklich sagen: Bei dem Problem können wir nicht helfen. –

Dann habe ich noch eine Frage an den Senat: Welche Rolle spielt denn die Digitalisierung bei der Zusammenführung der verschiedenen Angebote, die es gibt? Sehen Sie da Verbesse-

zungspotenzial, und wenn ja, haben Sie schon konkrete Maßnahmen oder eine Zeitschiene, wie man das verbessern könnte? – Vielen Dank!

**Vorsitzender Lars Düsterhöft:** Vielen Dank, Frau Auricht! – Frau Atli hatte sich noch mal gemeldet.

**Sebahat Atli (SPD):** Vielen Dank, lieber Herr Vorsitzender! – Ich habe noch zwei Fragen, und zwar: Haben Sie Erkenntniswerte zu den Altersgruppen der Menschen, die zu Ihnen kommen? Die Krisen und finanziellen Schwierigkeiten sind ja durch die gesamte Gesellschaft gegangen. Man kann fast sagen: Jeden hat es getroffen, ob Jung oder Alt. Können Sie sagen, es ist gemischt – nehme ich an –, aber auch mehr alleinerziehende Elternteile kommen mit ihren Kindern zu Ihnen, oder können Sie sagen, die Anzahl der älteren Menschen hat sich in den letzten Monaten oder Jahren erhöht – Frau Logua hat längere Erfahrungen, Frau Wind wird wahrscheinlich dazu weniger von der Anzahl her sagen können; aber nur, dass ich ein Gefühl dafür bekomme, ob auch ältere Menschen kommen –? Gewöhnlich braucht es sehr lange Zeit, bis ältere Menschen Hilfe proaktiv von sich aus in Anspruch nehmen. Das würde mich interessieren. Gibt es darunter auch junge Menschen, die nach der Schule in Schwierigkeiten geraten, was auch schnell passieren kann? Wie ist der Zulauf zu Ihnen? Wie viele von ihnen finden anteilmäßig zu Ihnen? Sie müssen jetzt keine konkreten Zahlen nennen, nur ungefähr. Hält es sich die Waage, oder ist es da mehr oder weniger?

Die zweite Frage ist: Kommen auch Menschen beim ersten Mal – wenn Sie sagen, die Terminlage ist so voll, dass Sie lange Wartezeiten haben und einen Termin geben wollen –, denen es zu lange dauert und die wieder gehen müssen? Gibt es da auch diese enttäuschenden Erfahrungswerte bei Ihnen? – Danke!

**Vorsitzender Lars Düsterhöft:** Vielen Dank, Frau Atli! – Es gab jetzt unglaublich viele Fragen. Bei der nächsten Anhörung machen wir es vielleicht so, dass wir in der Mitte einen Break machen und einfach mal ausprobieren, ob es dann besser funktioniert. Aber: Sie haben ja alles mitgeschrieben, Sie können sicher auch alles beantworten. Zunächst möchte ich Ihnen aber gerne das Wort geben, bevor auch noch mal die Senatsverwaltung das Wort hat. Wie wollen Sie anfangen?

**Stefanie Wind (Stiftung Unionhilfswerk Berlin):** Vielen Dank! – Wir haben uns jetzt abgestimmt, dass ich versuche, uns durch diesen Fragenkatalog durchzumoderieren, und wir spielen uns die Bälle wechselseitig zu. Ich habe mich bemüht mitzuschreiben. Wenn Ihnen eine Frage fehlt in den Antworten, die folgen, geben Sie bitte ein Zeichen. Das schiebe ich dann gerne auf die Hitze. – Ich gehe jetzt in der Reihenfolge der Fragen einfach mal durch. Die erste Frage, die von Ihnen kam, war: Wie verändern sich die Themen? Wie haben sich die Themen im Verlauf der letzten Jahre verändert, die Ihnen in der Beratung begegnen? – Das ist ein leichter Part: Aus Mangel an Erfahrung und Messung über Jahre gebe ich direkt an meine Kollegin ab.

**Mariam Logua (Clearing A.u.S. Mitte):** Wie ich schon erwähnt habe, sind die Tendenzen gleichbleibend. Die meisten Menschen kommen, weil sie finanzielle Schwierigkeiten haben. Es geht ganz viel um Anträge, um Widersprüche, um Rückzahlungen etc. und natürlich Schulden und weil das Einkommen oft nicht reicht. Das war vor der Inflation wenig, und es

ist nach der Inflation noch weniger; also es ist einfach wenig. Deshalb kommt fast die Hälfte, über 40 Prozent der Menschen, weil sie versuchen, ihre finanziellen Probleme zu lösen.

Es sind weniger Menschen mit migrationsrechtlichen Problemen. Wir glauben, dass es damit zusammenhängt, dass 2008 noch eine ganz andere Situation war. Wir hatten Migration aus ganz anderen Ländern, und es gab viele migrationsrechtliche Probleme, das heißt, die Aufenthaltsgenehmigungserteilung war ein großes Problem. Wir haben momentan auch ganz viel Zuwanderung, zum Beispiel Geflüchtete aus der Ukraine, sie haben aber sozusagen kein Bleibeproblem. Ihr Aufenthalt ist einigermaßen gesichert. Wir haben da auch zwei Kategorien: Es sind rechtliche Probleme und soziale und kulturelle Probleme. Wir haben mehr soziale und kulturelle Probleme im Kontext der Migration. Da haben wir natürlich immer noch eine große Zahl, aber was rechtliche Aspekte angeht, hat es sich verändert.

Zur Wohnungssuche: Wie gesagt, das ist definitiv viel mehr geworden. – Das sind die großen Hauptveränderungen oder Tendenzen, die wir in den letzten Jahren beobachtet haben.

**Stefanie Wind** (Stiftung Unionhilfswerk Berlin): Dann habe ich von der SPD die Frage notiert: ganz konkret die Dauer der Beratung, die Dauer der Sprechzeit. – Das können wir schnell beantworten. Durchschnittlich dauert eine Beratung eine Stunde, und die Sprechzeit hatte ich, glaube ich, genannt: Es sind zwölf Stunden in der Rollbergesiedlung und vier Stunden in Reinickendorf-Ost pro Woche.

**Mariam Logua** (Clearing A.u.S. Mitte): Bei uns ist es so, dass wir versuchen, die Beratung auf eine Dreiviertelstunde zu begrenzen. Es kann länger dauern, es kann aber auch gar nicht so lange dauern. Es gibt auch einfache Fragen, die sehr schnell geklärt werden können, oder es ist von Anfang an klar, dass eine Fachberatung dafür zuständig wäre. Dann geht das relativ schnell. Das variiert. Das ist nicht immer gleich, weil wir manchmal mehr Menschen in der Beratung haben und die Stunden nicht einhalten können und länger beraten müssen. Es sind 35 bis 40 Stunden die Woche.

**Stefanie Wind** (Stiftung Unionhilfswerk Berlin): Die Frage, inwieweit die steigenden Energiekosten sich in den Beratungen widerspiegeln, von Ihnen, Herr Wohler, kann ich beantworten. Damit habe ich gerechnet. Bei uns ist dieses Thema bis jetzt nicht präsent.

**Mariam Logua** (Clearing A.u.S. Mitte): Anfang des Jahres bzw. im Frühling und auch im Sommer kamen ganz viele Menschen mit Sorgen. Sie hatten viele Fragen, wie es wird, die wir auch nicht so einfach beantworten konnten, weil es keiner wirklich wusste. Momentan haben wir tatsächlich sehr selten Menschen, die aufgrund der hohen Energiekosten zu uns in die Beratung kommen. Das gibt es nicht so oft.

**Stefanie Wind** (Stiftung Unionhilfswerk Berlin): Dann hatten Sie sich explizit für die Frage der Vernetzung interessiert; das taucht auch später noch mal auf. Zum einen: Wie wird die Vernetzung gelebt? –, und dann war die Frage, inwieweit trägerübergreifendes Arbeiten erfolgt und ob wir ein Beispiel bringen können. – Diese Art von Tätigkeit in diesem Hilfesystem ist ohne Vernetzung nicht denkbar. Deswegen nutzen, denke ich, alle Kolleginnen und Kollegen die bestehenden Runden, die es gibt, ob den Arbeitskreis Berliner Arbeitslosenzentrum oder den direkten fachliche Austausch mit den Kolleginnen und Kollegen, die in der Nachbarregion die Beratungen durchführen, was allein schon deshalb wichtig ist, weil es häu-

fig Alleinkämpferinnen und Alleinkämpfer sind und dieser Fachaustausch vor Ort damit nicht gegeben sein kann. Deswegen ist es unerlässlich. Wir machen es beispielsweise – Sie wollten ein Beispiel haben – mit der AUSB aus dem Märkischen Viertel von der Immanuel-Kirch-Diakonie, und wenn Sie fragen, was mit trägerübergreifender Arbeit gemeint ist, dann sind wir aus der Not heraus tatsächlich gerade dabei zu gucken: Geht vielleicht auch in einem bestimmten Rahmen eine Urlaubsvertretung? –; solche Basics, was immer nur eine Behelfsvariante ist, denn jeder hat seine Region, jeder hat seinen Auftrag zu erfüllen, aber da in die Abstimmung zu gehen, halten wir in der aktuellen Ausstattung für unerlässlich.

**Mariam Logua** (Clearing A.u.S. Mitte): Unsere Beratung lebt tatsächlich von der Vernetzung, weil wir Verweisberatung machen. Das ist zumindest so gedacht. Das ist auch ein großer Teil unserer Arbeit. Wir arbeiten mit Fachberatungsstellen eng zusammen, mit Nachbarschaftszentren, also allen Einrichtungen, die sozusagen im Einzugsgebiet sind, bzw. wir verweisen Ratsuchende an sie, und sie vermitteln auch manchmal. Wir bekommen auch von ihnen Ratsuchende, die eher diffuse oder multiple Probleme haben. Dann können sie die Ratsuchenden auch an uns verweisen. Diese trägerübergreifende Vertretung machen wir tatsächlich auch. Es gab einige Male einen Einbruch in der Beratung, weil die Kollegen ausgefallen sind, es gab Krankheits- und Kündigungsfälle; da konnte nichts mehr stattfinden. Jetzt arbeiten wir auch mit FID [?] zusammen und versuchen so, die Vertretung zu organisieren.

**Stefanie Wind** (Stiftung Unionhilfswerk Berlin): Dann gab es die Frage von der Linken: Wie verändern sich die Anfragen? – Das haben wir vielleicht thematisch schon mit der allerersten beantwortet, aber Sie wollten noch mal genauer wissen zum Thema Verweisberatung: Wie konkret läuft das ab? – Und es taucht auch noch die Frage auf, ob durch die AUSB Menschen den Weg schneller in die Spezialberatung, zum Beispiel Schuldnerberatung, finden. Das war auch noch ein großes Thema. – Ich kann es Ihnen nicht belegen, aber mit den Erfahrungen, die wir gemacht haben, sage ich: Die AUSB ist vor Ort, ist ansprechbar, und die Menschen, die dort bei uns landen, die ich sehe, wohnen drei Blöcke weiter und haben im Zweifelsfall von der Nachbarin gehört, dass die dort gerade bei einem Antrag auf Anerkennung der Schwerbehinderung unterstützt wurde, und trauen sich dann mit ihrem Sack voll Unterlagen da hin. Ich weiß nicht, ob diese Person direkt, von alleine bei der Schuldnerberatung, die eben nicht bei ihr vor Ort ist, angekommen wäre – vermutlich nein; nicht direkt, mindestens.

**Mariam Logua** (Clearing A.u.S. Mitte): Wie das konkret abläuft: Wir machen zu Beginn sozusagen eine Sondierung der Probleme, und dann schauen wir, ob wir direkt helfen können. Wenn das nicht möglich ist, wenn die Probleme zu komplex sind, werden wir sie an Fachberatungsstellen weiterverweisen. Allerdings funktioniert das nicht immer so gut, weil die Fachberatungsstellen auch überlastet sind, und sie sind nicht niedrigschwellig. Unsere Sprechstunden sind offen, das heißt, Ratsuchende müssen keine Termine ausmachen. Sie können einfach mit Wartezeit vorbeikommen. Bei den Fachberatungsstellen ist meistens ein Termin erforderlich, und den bekommt man vielleicht nächste Woche, und es gibt nur drei Termine. Das ist einfach nicht ausreichend. Deshalb müssen wir oft sehr lange suchen, wohin wir die Menschen weiterverweisen können. Eventuell versuchen wir natürlich auch selbst, das Problem zu erledigen und zu helfen. Das ist aber nicht immer möglich, zum Beispiel, wenn es um große Schulden geht, wenn es irgendwas Akutes ist. Das ist zum Beispiel auch bei der Rechtsberatung der Fall. Es gibt sehr wenig Rechtsberatungsangebote.

Es ist leider so, dass die Menschen auch kurzfristig kommen. Auch wenn wir versuchen, Ihnen nahezulegen, sofort zu handeln, kommen sie doch so, dass dann nicht so viel Zeit da ist, um wochenlang auf einen Termin zu warten. Ich will nur sagen, dass die Weitervermittlung der Ratsuchenden nicht so einfach ist. Deshalb müssen wir eben ganz viel selbst übernehmen. Wir wissen auch nicht immer, ob sie da angekommen sind, nachdem wir die Menschen weitervermittelt haben. Oft machen wir auch selbst Termine aus. Wir wissen nicht immer, ob das erfolgreich war und was dann passiert ist.

**Stefanie Wind** (Stiftung Unionhilfswerk Berlin): Dann haben Sie die spannende Frage gestellt: Welche Bedingungen müssten herrschen, damit die Menschen auf den Positionen einer solchen Beratungsstelle bleiben? –, also die Frage nach den Arbeitsbedingungen. – Ein paar hatten wir schon angesprochen. Zum einen gehören eine Planbarkeit und eine Perspektive sicherlich dazu, aber was man meiner Meinung nach unbedingt braucht, um diesen Job stabil und gut auszuüben, ist ein hohes Maß an Frustrationstoleranz, weil natürlich auf der anderen Seite die Frage ist: Wie erfolgreich wirke ich in meinem Tun? – Ich hatte es, glaube ich, in meinem Input gesagt: Diese Kollegin, die diesen tollen, wichtigen Job macht, ist auch Brückenbauerin. Sie übersetzt das, was Ämter erfordern, und sie unterstützt die Klientinnen und Klienten, dass sie mit ihren Anliegen nicht aufgeben, sondern versuchen, bei den Ämtern ihre Ansprüche geltend zu machen.

Da hängt dann natürlich auch das große Thema Modernisierung der Berliner Verwaltung mit dran, denn wir haben Ämter, die bedingt erreichbar sind, die eine Sprache sprechen, die die Menschen nicht verstehen, mit einer sehr langen Wartezeit, bis – wenn denn – reagiert wird, und das muss man auch als Beraterin und als Berater aushalten. Und wenn wir sagen, diese Kolleginnen und Kollegen brauchen mehr Erfolge, dann ist auch das ein Riesenthema. Wenn ich mir eine florierende Verwaltung und ein rundum serviceorientiertes, anwesendes, ansprechbares, deutlich und einfach sprechendes Sozialamt vorstelle, dann sähe die Welt schon ganz anders aus – [Katina Schubert (LINKE): Und sogar mehrsprachig!] –, und dann noch mehrsprachig und mit schneller Terminvergabe. Das wäre ein Riesenmeilenstein. Dann würde dieser Bereich an sozialarbeiterischer Tätigkeit, der sowieso bei Befragung der Studierenden mit Sicherheit nicht auf Platz eins steht von: Wo möchtest du später arbeiten? –, weil es wahnsinnig anstrengend ist, wenn man sich in der Breite ein Wissen aneignen muss – da gibt es attraktivere Bereiche –, in seiner Bedeutung wachsen und damit auch mehr Interessierte anwerben.

Ansonsten, wenn ich für uns als Arbeitgeber spreche, gehört auch dazu, dass so eine Zuwendungssumme mitwächst. Wir wollen unseren Kolleginnen und Kollegen tatsächlich auch eine Gehaltssteigerung bieten. Die müssen wir refinanzieren, das heißt, einmal eine eingefrorene Summe reicht da auch nicht aus. Das wären so zwei, drei Bereiche.

**Mariam Logua** (Clearing A.u.S. Mitte): Tatsächlich hatten wir in den letzten Jahren eine sehr große Fluktuation der Kolleginnen, weil die Tätigkeit einfach sehr belastend ist. Die Kolleginnen haben sich entschieden, dass es doch wichtiger ist, die eigene Gesundheit aufrecht zu erhalten und sich eine andere Tätigkeit zu suchen, weil es eine sehr belastende Aufgabe ist. Ohne Sprachmittlung und ohne Sprachkenntnisse wäre das überhaupt nicht machbar. Das könnte ich mir jetzt überhaupt nicht vorstellen. Das war einer unserer Kernpunkte, dass wir neben der Beratung auch Sprachmittlung leisten. Wir arbeiten mit Sprachmittlern zusammen, Kiezmüttern etc.

**Stefanie Wind** (Stiftung Unionhilfswerk Berlin): Jetzt kommen wir zu den Fragen von Herrn Meyer; was da noch offen ist. Sie hatten berechtigterweise den Vergleich zum Hausarzt kritisch hinterfragt. Ich kann Ihnen die Frage nicht beantworten: Was ist es denn nun? – Es ist beides. Nehmen Sie die Frau mit der Einkaufsstüte, dann ist es eine Hausarztfunktion. Da werden – bleiben wir in dem Bild – die Organe einmal durchsortiert und geguckt: Wo kann ich direkt helfen, oder wo ist der passende Facharzt für den Darm? – Da wird dann hingeschickt, aber die Begleitung läuft fortlaufend über die Zentrale. Das heißt, bei dieser Frau, die jetzt neu bei uns gestrandet ist, werden eine Vielzahl von Folgeterminen folgen. In Klammern: Dafür ist diese Art der Beratung eigentlich nicht vorgesehen, aber es wird natürlich bei komplexen Problemen gemacht. Anders ist es, wenn ein Ehepaar 70 plus mit einem Antrag auf Anerkennung einer Schwerbehinderung kommt und den Unterpunkt 357 b nicht versteht, konkret nachfragt, eine Antwort bekommt und den Antrag dann direkt über uns rausschickt. Das geht schnell. Es ist alles dabei, ganz individuell.

**Mariam Logua** (Clearing A.u.S. Mitte): Wir vergleichen unsere Berater eigentlich eher mit so etwas wie einer Rettungsstelle, denn beim Arzt muss man einen Termin vereinbaren, da sind die Sprechstunden am Montag oder am Freitag oder am ersten Montag des Monats etc. Unsere Sprechstunden sind offen, die finden jeden Tag in verschiedenen Einrichtungen statt. Das ist eher eine Rettungsstelle. Was wir machen, ist zu versuchen, die akute Lage zu entspannen und zu schauen: Was muss sofort gemacht werden? – Allerdings ist es nicht vorgesehen, dass wir Menschen über längere Zeit betreuen, aber das machen wir eben auch, weil die Probleme einfach so komplex sind. Sie kommen dann immer wieder. Es ist also beides: Rettungsstelle und Allgemeinmediziner.

**Stefanie Wind** (Stiftung Unionhilfswerk Berlin): Es fehlt noch eine Frage von Ihnen, Herr Meyer, zum Einzugsgebiet. Sie haben konkret nach dem Einzugsgebiet gefragt. – Das ist per Auftrag festgelegt, aber: Wo zieht man da die Grenze? Rollberge ist tatsächlich einfach, das ist eine in sich geschlossene Siedlung. Die spannende Frage ist: Wer kommt denn da an? –, und das sind tatsächlich die Menschen, die in dem Umkreis wohnen oder jemanden kennen, der da wohnt. So einfach ist das. Und wenn doch jemand aus dem Märkischen Viertel dort stranden würde, würde er natürlich auch beraten und nicht rüber zum Kollegen geschickt werden.

**Mariam Logua** (Clearing A.u.S. Mitte): Zu uns kommen inzwischen tatsächlich auch Menschen aus anderen Bezirken zur Beratung. Die meisten sind aus dem Bezirk Mitte. Wir haben sechs Einrichtungen, das sind unterschiedliche Kieze und Einzugsgebiete. Wir haben aber auch Ratsuchende aus Spandau oder weiß ich nicht, weil es sich einfach herumgesprochen hat. Eine Bekannte war schon mal hier und war zufrieden und hat es weitererzählt. Deshalb erreichen wir auch andere Bezirke.

**Stefanie Wind** (Stiftung Unionhilfswerk Berlin): Jetzt folgen die Fragen der Grünen: systematische Erfassung der Beratungssuchenden, behördliche Diskriminierung, Fälle von Sprachbarrieren. – Ich mache es kurz und gebe dann ab. Beratungssuchende werden bei uns im Moment systematisch erfasst nach Alter, Geschlecht, Thema. Es ist aber noch in der Prüfung, ob uns das reicht.

Fälle von behördlicher Diskriminierung gab es bei uns noch nicht. Fälle von Sprachbarrieren: Wenn wir in der Beratung Sprachen haben, die wir nicht bedienen können, passiert das in der Regel vorbereitet; also dass noch weitere Sozialarbeiterinnen mit ihrer Klientin kommen, und dann wissen wir im Vorfeld, welche Sprache wir brauchen, und können aus dem Netzwerk Sprachmittlerinnen und Sprachmittler organisieren.

**Mariam Logua** (Clearing A.u.S. Mitte): Wir erfassen auch demografische Daten, das heißt, Alter, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Muttersprache und Problemlagen. Unsere Beratungen sind anonym, deshalb wollen wir nicht mehr dokumentieren.

Zur Sprachbarriere: Wie ich schon erwähnt habe, Sprachmittlung und Kulturmittlung ist Teil der Beratung. Es gab viel Fluktuation, deshalb hatten wir schon viele Sprachen im Team. Die Hauptsprachen sind Arabisch, Türkisch, momentan auch Russisch, es gab Kurdisch, also verschiedene Sprachen. Bei denen, die wir nicht hatten, versuchen wir, die Unterstützung irgendwo zu organisieren, zum Beispiel bei Kiezmüttern oder Sprachmittlern etc.

Behördliche Diskriminierung: Wir hatten nicht so viele Fälle mit behördlicher Diskriminierung. Die sind aber auch nicht so leicht zu erkennen, ist unser Eindruck, und darüber sprechen die Ratsuchenden auch nicht so gerne.

**Stefanie Wind** (Stiftung Unionhilfswerk Berlin): Jetzt kommen Ihre Fragen, Herr Düsterhöft. Zwei sind noch offen: Machen Sie Werbung, oder besser nicht? Und: Kann man nicht einen Teil auch online machen? Wer kommt da eigentlich? – Das ist jetzt etwas lapidar mitgeschrieben. – Theoretisch müsste ich sagen: Wir werben ab jetzt besser nicht mehr, aber das werde ich nicht tun. Zum einen: Es wäre falsch. Natürlich werben wir, und da sind wir in den Anfängen. Gerade Reinickendorf-Ost ist noch null erobert. Bis jetzt ist es nur ein Aushang in dieser Seniorenfreizeitstätte. Wir werden den klassischen Werbeweg über die gängigen Kanäle wie Flyer, Presseartikel, Webseite gehen. Das wird jetzt alles breit gemacht, und dann gucken wir, was passiert. Die Menschen sollen wissen, dass es diese Art von Anlaufstelle gibt. Es ist unser Thema, dann damit einen Umgang zu finden, in unserem Fall auch in enger Abstimmung mit der Auftraggeber- und Auftraggeberinnenseite, dem Bezirksamt Reinickendorf. Uns zu verstecken kann nicht die Lösung sein, denn die Menschen haben ja ein Problem oder oft viele.

Online, oder: Wer kommt da eigentlich? – Das war in der Theorie meine Vorstellung, als wir gestartet sind: Es werden sich ganz schnell Themenfelder herausclustern, die wir mit Standardtools und E-Mail-Beratung und Textbausteinen auffangen können. – Nein: Es kommen Menschen, die auf das persönliche Gespräch Wert legen, die wir online überhaupt nicht erreichen, die auch schon telefonisch nicht zufrieden sind, denn sie wollen in die Augen gucken, sie wollen das Gefühl haben: Ich bin hier in einem wirklich geschützten Setting. Ich kann mit der Frau gut und offen reden, die mir gegenüber sitzt. – Das braucht natürlich Zeit. Da gehört dann auch eine Tasse Kaffee dazu, damit diese Menschen sich öffnen und wir gucken können: Was braucht ihr? Wie können wir helfen? –

**Mariam Logua** (Clearing A.u.S. Mitte): Wir haben zu Beginn ganz viel Werbung gemacht. Wir sind ja in anderen Einrichtungen ansässig, und tatsächlich sind wir in die Kurse gegangen, in die Veranstaltungen und haben Flyer verteilt. Die Multiplikatorinnen, also Kursleiterinnen haben auch Werbung für uns gemacht. Mittlerweile machen wir das aber alles nicht mehr, weil wir keine Kapazität mehr haben.

Wir machen tatsächlich auch sehr viel Telefonberatung, obwohl es persönlich immer leichter ist, weil viele Hilfesuchenden Sprachbarrieren haben, und wenn man sich gegenüber sitzt, ist es leichter, sich trotzdem irgendwie zu verständigen, die Unterlagen anzuschauen und ein Problem zu erklären. Da kann man sich das alles genau anschauen. Telefonisch ist es ein bisschen komplizierter, aber trotzdem nehmen die Option viele in Anspruch oder schreiben per E-Mail eine einfache Frage, und das kann man auch so beantworten.

**Stefanie Wind** (Stiftung Unionhilfswerk Berlin): Sie dürfen direkt weitermachen. Von der AfD gab es die Frage: Wie viele Beratungen pro Woche in Mitte?

**Mariam Logua** (Clearing A.u.S. Mitte): Beratungen pro Woche: Wir haben ungefähr 120, 130 Beratungen pro Monat. – [Jeannette Auricht (AfD): Ich glaube, es gab noch mehr Fragen.] –

**Stefanie Wind** (Stiftung Unionhilfswerk Berlin): Ja, da können wir gleich die Frage dranhängen: Wie viel davon sind direkte Hilfe ohne Weitervermittlung?

**Mariam Logua** (Clearing A.u.S. Mitte): Wir versuchen schon weiterzuvermitteln. Es ist sehr oft so, dass die Menschen Fachberatung brauchen. Oft gibt es auch multiple Probleme. Es ist nicht nur eine Sache, sondern viele verschiedene. Ich kann leider keine genaue Zahl benennen, aber es ist fast genauso viel wie Beratungen, das heißt, wenn Sie drei Probleme haben, dann wird definitiv irgendwohin weitervermittelt oder es zumindest empfohlen. Vielleicht haben wir zwei selbst gelöst, aber wegen einer Sache müssen Sie dann doch weiterschauen.

**Stefanie Wind** (Stiftung Unionhilfswerk Berlin): Dann hatten Sie die spannende Frage gestellt am Beispiel Wohnungssuche: Wie läuft das ab, das führt doch zu Enttäuschungen? – Ich antworte kurz mit einem Beispiel: Ja, natürlich. Wir lassen Menschen auch enttäuscht zurück. Ich denke an eine Frau, die in einem Frauenhaus in Lichtenberg lebt – die Wege sind dann auch speziell mitunter –, die mit ihren Kindern und ihrer Einzelfallhelferin zu uns in die Rollbergesiedlung kam mit der Hoffnung: Mensch, das ist ja hier GEWOBAG-Bestand. Ihr seid hier als Stadtteilzentrum drin. Bestimmt könnt ihr dieser Frau eine Wohnung beschaffen, damit sie das Frauenhaus mit ihren Kindern verlassen kann. – Wie gerne würden wir, können

wir aber natürlich nicht. Insofern – was soll ich sagen – drücken wir in deutlichen Worten unser Bedauern aus und lassen die Menschen in solchen Fällen enttäuscht zurück.

**Mariam Logua** (Clearing A.u.S. Mitte): Ich kann mich nur anschließen: Wir lassen sie enttäuscht zurück. Deshalb haben wir auch angefangen, im Vorfeld zu erklären, dass wir in die Richtung einfach nichts machen können. Dann sind sie enttäuscht, weil sie hoffen, dass wir etwas für sie tun können. Das ist für uns auch sehr belastend, dann mit der Frustration umgehen zu müssen.

**Stefanie Wind** (Stiftung Unionhilfswerk Berlin): Dann habe ich auf dem Zettel noch die Frage von der SPD nach den Altersgruppen offen, ob wir da Angaben machen können, und wie die Menschen mit der Wartezeit umgehen, ob es da auch zu Verlusten von Interessierten kommt. – Ich beantworte das, was ich beantworten kann. Ich denke, dass ein Drittel der Hilfesuchenden aktuell in unserer Region 60 plus ist. Der Rest sind Menschen im Erwachsenenalter jenseits der 30 bis 50, denke ich. Die Frage war explizit nach: Erreichen Sie auch Jugendliche? – Bis jetzt gab es in diesem Bereich bei uns keine Anfragen. Anders ist es beispielsweise in der psychosozialen Beratung, die wir im Stadtteilzentrum auch anbieten. Da sind auch junge Menschen. Aber, wie gesagt, wir sind frisch dabei.

**Mariam Logua** (Clearing A.u.S. Mitte): Ungefähr 80 Prozent sind zwischen 25 und 60. Wir haben auch sehr wenige Jugendliche. Der Rest, 15, 16, 17 Prozent, sind Seniorinnen und Senioren.

Wartezeit: Es kommt manchmal auch dazu, dass die Menschen einfach gehen, weil sie nicht ewig warten können. Bei uns ist es oft so, weil wir auch keine Termine machen: Manchmal, wenn wir anfangen, steht da schon eine Schlange, und die Person, die irgendwo am Ende steht – wir sagen zwar, dass es wahrscheinlich länger dauert und dass wir nur mit fünf oder sechs Personen arbeiten können, und die anderen müssen gehen. Wir überziehen sowieso, und trotzdem werden manche gehen müssen.

**Stefanie Wind** (Stiftung Unionhilfswerk Berlin): Ich hoffe, ich habe Ihnen jetzt keine Frage unterschlagen, und wenn ja, sind wir ja noch hier.

**Vorsitzender Lars Düsterhöft**: Vielen Dank an Sie beide, und auch vielen Dank für das professionelle Managen der Beantwortung, Frau Wind! – [Beifall] – Ich gehe davon aus, dass tatsächlich alle Fragen beantwortet wurden, aber der Staatssekretär will natürlich auch noch etwas sagen.

**Staatssekretär Aziz Bozkurt** (SenASGIVA): Will nicht, aber es waren ein paar Fragen. Wenn nicht gewünscht, antworte ich auch nicht, aber da waren ein paar Fragen, die wir, glaube ich, schnell beantworten können, und dann würde ich gerne meinen Kollegen und unseren Referatsleiter Herrn Link bitten, an der einen oder anderen Stelle zu ergänzen. – Die Zahl 18 700 war ja schon im Spiel. – Jetzt ist Herr Kurt nicht da, aber Sie übermitteln ihm das. – 2021 waren es zirka 20 100, und im Jahr 2022 gab es circa 23 500 Menschen, die vor Ort waren.

Zum Ausbau, mit der Frage von Frau Schubert zusammengefasst: Was angemeldet wurde, ist sozusagen schon ein Aufwuchs; das, was wir in den vorigen Jahren an Mitteln hatten von cir-

ca 1,3 Millionen Euro plus das, was wir zwischenzeitlich reingepackt hatten aus dem „Netzwerk der Wärme“, was die Wirkung nicht entfalten konnte, weil es temporär war. Angemeldet wären dann 2,1 Millionen Euro und 2025 2,2 Millionen Euro vorbehaltlich des Haushaltsbeschlusses.

In dem Zusammenhang haben wir natürlich einige Themen, wo es Fragen gibt: Wieso weiß ich erst am Ende des Jahres, ob es im nächsten Monat weitergeht? – Die Thematik haben wir an vielen Stellen. Vielleicht ist das auch ein gutes Betätigungsfeld, wenn das Parlament die Spielregeln ändert, was den Haushalt betrifft; ob es jährlich sein muss, ob man da andere Regeln finden kann. Gerade in diesen Bereichen ist es natürlich sensibel, wenn wir Mitte des Jahres noch nicht sagen können, es geht weiter, oder nicht. Das ist tatsächlich ein Problem.

Dann gab es die Frage nach der Erfassung persönlicher Daten, ja oder nein. – Nein. Und: Warum nicht? –, oder ob es Planungen gibt, ob man es anders machen kann. – Sie sehen anhand der Beträge, dass das sehr auf die Beratung fokussiert ist, das heißt, jedes Mehr an Aufgaben führt dazu, dass wir entweder mehr Mittel reingeben müssen oder die Beratung darunter leiden würde. Von daher gibt es da keine konkrete Planung, das an der Stelle anzupassen bzw. den Mehraufwand und ein bisschen mehr Bürokratie draufzusatteln. Es wäre eher der Fokus darauf, wenn, dann die Beratung auszubauen.

Zu den Daten: Das kann ich auch verstehen, dass man die gerne hätte. Die Frage ist immer: Was macht man damit? – Dementsprechend wäre es an dieser Stelle, glaube ich, auch nicht das Spannendste, hier mehr Daten zu sammeln. Spannender finde ich tatsächlich Projekte, die unser Haus hat, wie die integrierte Armuts- und Sozialberichterstattung, wo perspektivisch das Ziel wäre, sehr kleinteilig zu sehen: Wo sind welche Problemlagen? Was kann man dagegen tun? – und eher zentral das Themenfeld im Blick zu behalten und nicht nur in diesem Bereich. Wie gesagt, da müsste man schauen, wo dann die Mittel eher gelagert sind.

Das ist das ganze Themenfeld Digitalisierung. Beruflich habe ich zu diesem Thema ja eine Nähe, von daher bin ich da immer sehr gerne mit dabei. Ehrlicherweise ist das aber in einem fachlich getriebenen Haus immer das Erste, woran man eher knapsen würde, wenn das Geld knapp wird, als an fachlichen Fragen, an Beratungsmöglichkeiten, an Einrichtungen usw. Von daher ist das ein wichtiges Feld, das ich persönlich auch sehr im Blick habe, aber, wie gesagt, das wäre das Erste, wo man Abstriche machen würde.

Nur kurz zum Sprachlichen: Wir achten gerade aufgrund der vielfältigen Zusammensetzung unseres Hauses sehr darauf. Im LAF beispielsweise haben wir 20 Sprachen, die wir bedienen, im Willkommenszentrum zehn Sprachen. Bei der BEMA sind es auch so viele. Das heißt, das sind Themenfelder, aber an der Stelle ist es tatsächlich nicht als Aufgabe mitgegeben, weil, wie gesagt, Mittel auch beschränkt sind und der Fokus hier auf anderen Feldern liegt. – Herr Link, wenn Sie ergänzen würden!

**Werner Link** (SenASGIVA): Werner Link, Referatsleiter III E, seit 2018 zusätzlich beglückt mit der Aufgabe der schlanken Begleitung der Allgemeinen unabhängigen Sozialberatung. – Sie wissen alle, dass die Allgemeine Sozialberatung nach dem AZG Bezirksaufgabe ist, der Haushaltsgeber aber damals, 2018, den Bezirken und den Globalsummen anscheinend ein Stück misstraute und erstmalig die Mittel im zentralen Kapitel 2711 etatisierte. Seitdem begleiten wir diese Aufgabe notwendigerweise schlank, weil wir nur einen Stellenanteil eines

Vollzeitäquivalents dafür haben. Wir haben 2018 aber schnell mit den Bezirken eine Rahmenvorgabe für die Ausfüllung der neuen Aufgabe der Allgemeinen unabhängigen Sozialberatung vereinbart und sie quasi den Bezirken auferlegt. Das konnten wir auch, weil wir ihnen die auftragsweise Bewirtschaftung für diese zentral etatisierten Mittel eingeräumt hatten. Das heißt, wir hatten eine Chance, diesen Rahmen zu definieren. In diesem Rahmen haben wir einige Punkte geregelt, wie zum Beispiel die Vorgabe: 80 Prozent der Mittel müssen tatsächlich für Personal eingesetzt werden; also rund 100 000 Euro pro Bezirk, davon 80 Prozent für Personal, das beraten kann, Personal, das maßgeblich beraten kann, Stichwort: Berichtswesen, Auswertung, Statistik. Es gibt von den Bezirken als Zuwendungsgeber ein standardisiertes Berichtswesen, standardisierte Berichte, die die Zuwendungsgeber erfüllen müssen, die die Bezirke dann auswerten und uns zur Verfügung stellen. Das macht aber alles auch Aufwand, auch personellen Aufwand, das heißt, je mehr Informationen wir haben wollen, desto weniger Personalressource steht für Beratungen zur Verfügung. Wir haben aber ein Zusammenspiel aus Zuwendungsgeber Bezirk, Zuwendungsnehmer, standardisiertem Berichtswesen. Wir bekommen Informationen zurück, sonst könnten wir keine Haushaltsmittel anmelden.

Wir haben definiert, dass es ein zusätzliches Angebot sein muss, weil wir ja wollten, dass etwas Neues entsteht. Kaum hatten wir den Rahmen definiert, erwischten wir den ersten Bezirk dabei, dass er ein bisher aus Bezirksmitteln finanziertes Angebot einstellen und aus den neuen Mittel der AUS finanzieren wollte. Da haben wir gesagt: So haben wir nicht gewettet. – Es soll also ein zusätzliches Angebot sein. Natürlich steht da auch drin, dass vernetzt gearbeitet werden soll, was wohin von der CDU gefragt wurde. Das heißt, diesen Rahmen haben wir seit 2018 vorgegeben. Sie haben auch am Beispiel der beiden Anzuhörenden heute gehört: Frau Logua hat eher Glück. Sie wird aus den tatsächlichen gesamtstädtischen AUS-Mitteln gefördert und bekommt insofern mehr, eine größere Ausstattung. Wir alle hier am Tisch wissen: Es reicht wahrscheinlich immer noch nicht, aber immerhin hat sie nicht nur eine Stelle, sondern deutlich mehr als die arme Frau Wind, die vom Bezirk noch zusätzlich aus alleinigen Bezirksmitteln geführt wird und nicht davon profitiert, in diesem Rahmen gefördert zu werden.

Wir sind uns hier, glaube ich, alle einig, dass wir dieses Angebot gerne fortsetzen würden, gerne auch in der erhöhten Form, wie wir es 2023 haben. Wir freuen uns nicht immer über LIGA-Papiere. Über dieses letzte LIGA-Papier haben wir uns gefreut, weil es das eben auch bestätigt. Wir müssen aber das Ergebnis der Haushaltsberatungen abwarten; da hat Herr Düsterhöft natürlich zu Recht gesagt: Das ist nicht das erste Mal so. – Zur Wahrheit gehört aber auch, zu sagen, dass das Zusammenspiel aus Legislative – Haushaltsgesetzgeber – und Exekutive – Zuwendungsgeber – für die Zuwendungsempfangenden eine echte Zumutung ist, denn sie gehen ja rechtliche Verpflichtungen ein, sie haben Mietverträge, sie haben Arbeitsverträge, und wir sind auch in diesem Jahr wieder erst sehr spät in der Lage, dann tatsächlich Entscheidungen als Zuwendungsgeber treffen zu können – hier die Bezirke –, nach dem Motto: Wie geht es 2024 weiter? – Vor dem Hintergrund können wir eigentlich nur froh sein, immer wieder Träger zu finden, die mit uns zusammenarbeiten im Bereich der zuwendungsfinanzierten Angebote, im Bereich Soziales. Das betrifft nicht nur die AUS, das betrifft alle Bereiche. – Das waren Ergänzungen aus meiner Sicht zum Stichwort Rahmen, in dem wir uns bewegen.

Zur Digitalisierung nur ganz kurz in Richtung AfD: Sie wissen vielleicht, es gibt dieses Drei-Ressort-Projekt, wo es darum geht, den Bereich Zuwendung insgesamt in Berlin ressortübergreifend flächendeckend zu optimieren, auch im Hinblick auf eine Digitalisierung. Das hilft uns bei der AUS weiß Gott nicht schnell, aber ich sage mal, da gibt es einen Weg, den das Land Berlin gehen will. – So viel vielleicht von mir noch ergänzend zum Rahmen und unseren überschaubaren Möglichkeiten als Senatsverwaltung für Soziales, auf die Umsetzung letztendlich einer Bezirksaufgabe, wenn auch über diesen interessanten Weg des Kapitels 2711, Einfluss zu nehmen.

**Vorsitzender Lars Düsterhöft:** Vielen Dank! – Jetzt hat sich noch mal kurz Herr Kurt gemeldet. Mit Blick auf die Uhr –

**Taylan Kurt (GRÜNE):** Genau, ich mache es kurz. Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich habe drei kurze Rückfragen. Ich habe natürlich alles mitbekommen dank Livestream, auch wenn ich draußen war. – Vielen Dank, Herr Staatssekretär! Erstens: Was ja immer wieder Thema ist in den unabhängigen Sozialberatungen, ist, dass es Probleme mit der Antragstellung gibt, also dass Menschen Probleme haben, Anträge für Sozialleistungen auszufüllen, weil die zu kompliziert sind und sie nicht wissen, wo die genau eingereicht werden sollen. Ist das ein Thema, das Sie in Ihrem Haus verfolgt wird? Sehen Sie da Handlungsbedarf auf Landesebene? – Der zweite Punkt ist: Habe ich Sie jetzt richtig verstanden, dass im Haushaltsentwurf kein Aufwuchs geplant ist, wie von der LIGA gefordert?

Die dritte Frage geht an Herrn Link. Sie haben jetzt gesagt, Sie wollen die Mittel sichern. Sie haben ja ein Haushaltsverfahren, in dem die Referate dann auch ihren Abteilungen und Hausleitungen melden, ob es Mehrbedarfe gibt. Haben Sie jetzt Mehrbedarfe angemeldet für die unabhängige Sozialberatung, wie die LIGA das will, in derselben Höhe oder nur, um das, was jetzt an Kapazitäten durch die Zusatzmittel für das „Netzwerk der Wärme“ bereitgestellt wurde, zu sichern? Oder reden wir jetzt vom Stand 2021? – Danke!

**Staatssekretär Aziz Bozkurt (SenASGIVA):** Ich versuche, das noch kurz zu machen. Das ist ja im Prinzip eine Erhöhung, denn die Mittel waren 1,3 Millionen Euro. Dass wir da jetzt noch mal etwas draufpacken, sozusagen die Differenz mit den Mitteln aus dem „Netzwerk der Wärme“, ist ja eine Erhöhung. Das ist das, was angemeldet wurde. – Das war es im Prinzip an Fragen, wenn ich das zusammenfasse, oder? – [Taylan Kurt (GRÜNE): Was ist mit den Anträgen für Sozialleistungen?] – Dazu haben wir jetzt nichts Konkretes.

**Vorsitzender Lars Düsterhöft:** Gut. Vielen Dank, Herr Staatssekretär, für die Beantwortung! – Dann sind wir am Schluss der Anhörung, und ich möchte Ihnen beiden ganz herzlich danken, dass Sie heute hier waren mit Ihrer Expertise, mit dem ganzen Input, den Sie uns gegeben haben. Ich glaube, Sie haben uns tatsächlich sehr weitergeholfen, was dieses Thema angeht. Schön, dass Sie da waren! – [Beifall] – Auch vielen Dank für die zahlreichen Fragen aus der Runde! – Der Besprechungspunkt wird dann vertagt – davon gehe ich aus –, und sobald das Wortprotokoll zur Anhörung vorliegt, werden wir das erneut auf die Tagesordnung nehmen. – Sie dürfen jetzt tatsächlich gehen. Sie dürfen aber auch gerne noch hierbleiben, es ist ja öffentlich.

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs  
**Das Beste für Berlin – Richtlinien der  
Regierungspolitik im Bereich Soziales**  
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der  
SPD)

[0078](#)  
ArbSoz

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs  
**Erfahrungen sowie aktuelle Situation in den 24/7-  
Einrichtungen der Obdachlosenhilfe**  
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der  
SPD)

[0087](#)  
ArbSoz

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 6 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs  
**Aktueller Stand und Perspektive der Novellierung  
des Seniorenmitwirkungsgesetzes**  
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der  
SPD)

[0092](#)  
ArbSoz

Hierzu: Auswertung der erfolgten Anhörung zum Vor-  
gang 0031 (Wortprotokoll IntArbSoz 19/10)

Vertagt.

Punkt 7 der Tagesordnung

**Verschiedenes**

Siehe Beschlussprotokoll.